



WAHLGLOBAL 2017

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Niedersachsen

Nachgefragt: Welche entwicklungspolitischen Positionen vertreten die Parteien?

Politisches Handeln ohne Einbezug globaler Aspekte ist heutzutage undenkbar. Weltweite Herausforderungen wie die Armutsbekämpfung, der Klimawandel oder der zunehmend aggressive Zugriff auf Land und Rohstoffe haben immer auch einen lokalen Bezug zu uns – in Politik, Wirtschaft oder im Alltagshandeln.

Mit den Landtagswahlen Mitte Oktober entscheiden die Bürger*innen über die politische Richtung Niedersachsens in den nächsten Jahren. Daher hat der VEN bei den Parteien nachgefragt, wie sie sich ein nachhaltiges und global gerechtes Niedersachsen vorstellen. Im Vorfeld erarbeitete der VEN zehn entwicklungspolitische Wahlprüfsteine, an denen sich die neue Landesregierung künftig messen lassen muss.

Im Folgenden haben wir für Sie die Positionen der aktuell im Landtag vertretenen Parteien zusammengefasst. Außerdem finden Sie folgend die Antworten der Parteien im Wortlaut sowie unsere Erwartung an eine neue Landesregierung.

- 1 **Entwicklungspolitischer Verantwortung gerecht werden**
- 2 **Zivilgesellschaftliches Engagement stärken**
- 3 **Leitlinien Wirtschaft und Menschenrechte umsetzen**
- 4 **Faire öffentliche Beschaffung konsequent nachhaltig umsetzen**
- 5 **Handelspolitik sozial und ökologisch gestalten**
- 6 **Klimawandel bekämpfen**
- 7 **Landwirtschaft global gerecht gestalten**
- 8 **Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ umsetzen**
- 9 **Engagement für globale Fragen auf Bundes- und Europaebene einbringen**
- 10 **Flucht und Migration als Menschenrecht durchsetzen**



**VERBAND
ENTWICKLUNGSPOLITIK
NIEDERSACHSEN E.V.**

Hausmannstr. 9-10 | 30159 Hannover
0511-391650 | info@ven-nds.de | www.ven-nds.de



1 Entwicklungspolitischer Verantwortung gerecht werden

Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Inwiefern und mit welchen Instrumenten werden Sie die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien überprüfen und bewerten?
- 2 Was werden Sie unternehmen, dass die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien langfristig, auch nach der Landtagswahl, sichergestellt ist?

Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** möchte den angefangenen Prozess der Entwicklungspolitischen Leitlinien in Niedersachsen „in Kontakt mit Vereinen und Verbänden“ fortentwickeln.

Bündnis 90/Die Grünen wollen sich für eine Weiterentwicklung der Entwicklungspolitischen Leitlinien unter Beteiligung der Ministerien und Zivilgesellschaft einsetzen. Außerdem möchten sie die Umsetzung der Leitlinien in die Koalitionsverhandlungen einbringen.

Die **CDU** verortet die Entwicklungszusammenarbeit vorrangig bei der EU und sieht die Aufgabe Niedersachsens darin, „flankierende Ansätze“ zu setzen. Sofern nötig werden sie die Entwicklungspolitischen Leitlinien mit entwicklungspolitischen Akteur*innen bewerten.

Die **FDP** sieht die entwicklungspolitische „Prioritätensetzung“ auf Bundes- und EU-Ebene und wird die Umsetzung der niedersächsischen Entwicklungspolitischen Leitlinien „überprüfen und bewerten“.

Die Parteien im Wortlaut:

SPD

Entwicklungspolitik bedeutet für die SPD eine Strategie für Frieden und für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Der Prozess, der zu einer solchen gerechten Verteilung führen soll, kann nur unter Einbeziehung der Menschen erfolgen, zumal bislang ein großer Teil der Entwicklungshilfe sowie die Entwicklung von Projekten von ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern angestoßen wird.

Wir haben in einem offenen Verfahren Ideen und Konzepte für die Querschnittsaufgabe der Entwicklungspolitik in den verschiedenen Bereichen Frieden, Gerechtigkeit, Umweltschutz und Gleichberechtigung in einem Dialogprozess entwickelt und letztlich die entwicklungspolitischen Leitlinien verabschiedet. Seit April 2016 wird unter Federführung der Staatskanzlei diese Leitlinie in Zusammenarbeit mit verschiedensten Akteurinnen und Akteuren auf Umsetzung und Fortschreibung überprüft. An diesem Verfahren soll auch in Zukunft festgehalten werden, sodass wir weiterhin in Kontakt mit Vereinen und Verbänden die Entwicklungspolitik in Niedersachsen fortentwickeln wollen.

Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1: Auf Initiative von uns GRÜNEN hat Niedersachsen erstmals „Entwicklungspolitische Leitlinien“ verabschiedet. Gemeinsam mit vielen gesellschaftlichen Akteuren sind so Grundsätze entstanden, anhand derer die globalen Auswirkungen von Entscheidungen der Landesregierung und unseres Lebensstils immer wieder kritisch überprüft werden sollen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Leitlinien sowohl in der Zusammenarbeit zwischen Ministerien und Zivilgesellschaft als auch im Dialog mit der Politik weiterentwickelt werden.

Antwort 2: Für die Umsetzung von Vorhaben, die nicht zu Pflichtaufgaben der Landesregierung gehören, ist der politische Wille entscheidend: Sollten GRÜNE wieder mitregieren, werden wir die weitere Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien in Koalitionsverhandlungen einbringen.

CDU

Antwort 1: Die Entwicklungszusammenarbeit sollte zukünftig vorrangig durch die EU koordiniert werden. Allein die Erhöhung des Finanzvolumens war in der Vergangenheit nur teilweise erfolgreich. Die deutsche Entwicklungspolitik, einschließlich flankierender Ansätze aus Niedersachsen, muss sich stärker auf die Unterstützung in den Bereichen der Wasser-, Nahrungs- und Energiesicherheit konzentrieren. Zu Bekämpfung der Fluchtursachen werden wir den Einsatz der Landesmittel auf die wirtschafts- und entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Hauptherkunftsländern und Haupttransitstaaten von Flüchtlingen konzentrieren.

Antwort 2: Die CDU ist zuversichtlich, dass mithilfe der oben skizzierten neuen Weichenstellungen die Entwicklungspolitik langfristig erfolgreich gestaltet werden. Sofern hierzu die Entwicklungspolitischen Leitlinien angepasst werden müssen, werden wir sie in enger Abstimmung mit dem Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen und weiteren in der Entwicklungspolitik aktiven Akteuren, insbesondere Nicht-Regierungs-Organisationen, evaluieren.

FDP

Antwort 1: Wir Frei Demokraten begrüßen die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs), die einen überprüfbaren Zielkatalog auf dem Weg zu besseren Lebensverhältnissen weltweit bieten. Wir begrüßen, dass die SDGs global gelten, also für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer. Die allzu große Zahl von 17 Zielen mit vielen Unterzeilen und Indikatoren dagegen sehen wir gerade im Vergleich zu den acht knapp und klar gefassten Millenniumsentwicklungszielen kritisch. Die Prioritätensetzung muss daher national und europäisch erfolgen. Vor diesem Hintergrund werden wir die Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien überprüfen und bewerten.

Antwort 2: Wir Freien Demokraten sind überzeugt, dass Krieg Terror, Gewalt und Ressourcen-Raubbau sowie Menschenrechtsverletzungen, Korruption und verantwortungslose Regierungsführung nachhaltige Entwicklung verhindern. Flucht und Vertreibung sind die bekannten Folgen. Gerade aus diesem Grund liegt eine Neuorientierung der globalen Entwicklungspolitik auch im deutschen und europäischen Interesse. Deshalb fordern wir, die inner- wie zwischenstaatliche Entwicklungszusammenarbeit konsequent in den Dienst von Krisenprävention und Konfliktbewältigung zu stellen; in den am wenigsten entwickelten Ländern (LLDCs) geht es auch um eine Verbesserung der humanitären Situation. Daraus ergeben sich aus unserer Sicht folgende Prioritäten:

- Gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung;
- Förderung von Wirtschaftswachstum, Abbau von Handelshemmnissen und erleichterter Marktzugang für Schwellenländer (Ziel: „Trade not aid“);
- In den LLDCs: Verbesserter Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung für Frauen v.a. im Zusammenhang mit Familienplanung und Geburten (ex-MDG 5).

Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Der VEN erwartet von der Landespolitik eine konsequente Ausrichtung Ihrer Politik an der globalen Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen (Agenda 2030) und den darin enthaltenen 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals/SDGs). Dafür müssen sowohl die Niedersächsische Nachhaltigkeitsstrategie als auch die Entwicklungspolitischen Leitlinien gemeinsam prioritär behandelt und fortgeführt werden. Der VEN erwartet, dass beide Prozesse auch nach der Landtagswahl unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und weiteren Akteur*innen fortgesetzt werden. Die Einrichtung eines Beirats zur Niedersächsischen Nachhaltigkeitsstrategie begrüßt der VEN deshalb ausdrücklich. Ziel sollte die institutionelle Verankerung einer kohärenten Nachhaltigkeits-, bzw. Entwicklungspolitik in allen Landeseinrichtungen sein. Hilfreich wäre dafür ein Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, wie er auf Bundesebene existiert.

2 Zivilgesellschaftliches Engagement stärken

Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Wie werden Sie zivilgesellschaftliches Engagement fördern und unterstützen?
- 2 Inwiefern werden Sie sich für eine Weiterführung und Ausweitung des Eine Welt-Promotor*innen-Programms in Niedersachsen einsetzen?

Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** möchte das zivilgesellschaftliche Engagement mit einem landesweiten Internetportal, Fortbildungsangeboten, Wettbewerben, einem Versicherungsschutz für Aktive und gesellschaftlicher Anerkennung unterstützen. Das Eine Welt-Promotor*innen-Programm soll weiter gesichert und ausgebaut werden.

Bündnis 90/Die Grünen möchten den VEN als Zusammenschluss vieler ehrenamtlicher Vereine und Organisationen fördern, das Eine Welt-Promotor*innen-Programm finanziell absichern und die Weiterentwicklung des Programms stärken.

Die **CDU** möchte bürokratischen Aufwand abbauen, einen Ehrenamtskoordinator einführen und eine kontinuierliche, verlässliche finanzielle Förderung zur Verfügung stellen. Die Mittel für internationale Entwicklungszusammenarbeit sollen in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in vollem Umfang in den Entwicklungsländern selbst eingesetzt werden.

Die **FDP** unterstützt Instrumente der direkten Demokratie. Bei einer Regierungsbeteiligung wird sie alle Ausgaben des Landes kritisch hinterfragen, auch die Förderung des Eine Welt-Promotor*innen-Programms.

Die Parteien im Wortlaut:

SPD

Das Land hat in den vergangenen beiden Jahren (2015 und 2016) 2,69 Millionen Euro für die allgemeine Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe zur Verfügung gestellt. Davon wurden für insgesamt 250.000 Euro Lehrbücher für die Sprachmittlungstätigkeit von Freiwilligen mit Geflüchteten vor Ort erworben, die über die Kommunen im Land an Ehrenamtliche ausgegeben wurden.

Fast jede zweite Niedersächsin und jeder zweite Niedersachse (über 14 Jahren) engagieren sich in ihrer Freizeit freiwillig. Das ist das Ergebnis des neuen Freiwilligensurveys 2014. Demnach ist die Engagement-Quote in Niedersachsen von 40,8 Prozent (laut Freiwilligensurvey 2009) auf nunmehr 46,2 Prozent (Freiwilligensurvey 2014) gestiegen. Damit sind im Erhebungszeitraum von 2004 bis 2014 weit über 500.000 Menschen in Niedersachsen zum ohnehin schon großen Kreis der Freiwilligen hinzugekommen.

Das Land wird weiterhin sein bürgerschaftliches und zivilgesellschaftliches Engagement durch verschiedenen Projekte unterstützen: mit einem landesweiten Internetportal, mit Fortbildungsangeboten, mit Wettbewerben, mit einem Versicherungsschutz für Aktive und mit gesellschaftlicher Anerkennung.

Das Eine-Welt-Promotorenprogramm soll weiter gestärkt werden. Angesichts der großen Bedeutung der Bildung für nachhaltige Entwicklung muss die Zahl dieser Stunden gesichert und weiter erhöht werden.

Die Bildung für nachhaltige Entwicklung soll in den Curricula von natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern aller Schulformen und Altersklassen verankert und dabei handlungs-, lösungsorientierte und fächerübergreifende Konzepte gefördert werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1: Der überwiegende Teil der Vereine und Organisationen in Niedersachsen, die sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit engagieren, tut dies ehrenamtlich. Wie schon in dieser Legislaturperiode werden wir den Verband für Entwicklungspolitik als Zusammenschluss vieler ehrenamtlicher Vereine und Organisation und das Eine-Welt-Promotoren-Programm als „Rückgrat zur Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen fördern.

Antwort 2: Eine Welt-Promotor*innen leisten wertvolle Vernetzungsarbeit und geben inhaltliche Impulse für global verantwortliches Denken und Handeln. Auch zukünftig werden wir uns die finanzielle Absicherung und Weiterentwicklung des Programms stärken.

CDU

Antwort 1: Bürgerschaftliches Engagement ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Es ist gelebte Solidarität. Ohne es würde vieles in Niedersachsen nur noch eingeschränkt funktionieren. Das gilt für den Sport, für die Musik und die Kultur, für die Kirchen und Religionsgemeinschaften, für die Freiwilligen Feuerwehren, für die Wohlfahrtsverbände, für die Rettungsdienste und ebenso für karitativ-soziale Organisationen, ökologische Initiativen sowie die Kommunalpolitik.

Mit der demografischen Entwicklung, Veränderungen in Ausbildung und Beruf, der Familie, dem Freizeitverhalten, dem Trend zur Individualisierung, der Digitalisierung oder der Zuwanderung steht bürgerschaftliches Engagement jedoch vor großen Herausforderungen. Dazu gehören auch die neuen Möglichkeiten des Engagements im Netz, das Online-Volunteering.

Zahlreiche Rechtsvorschriften bestimmen direkt und indirekt das bürgerschaftliche Engagement und beeinflussen es. Damit sich bürgerschaftliches Engagement innerhalb dieses Rahmens entfalten kann, müssen der bürokratische Aufwand und die rechtlichen Vorgaben so gering wie möglich gehalten werden. Land und Kommunen stehen in der Pflicht, dem Ehrenamt die notwendige Infrastruktur und eine kontinuierliche wie verlässliche finanzielle Förderung zur Verfügung zu stellen.

Zusätzlich planen wir, einen Ehrenamtskoordinator einzusetzen, der für die bürgerschaftlich Tätigen Projekte initiiert und ihr erster Ansprechpartner ist.

Antwort 2: Wir werden die Mittel des Landes zur Unterstützung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen möglichst schlanker Verwaltungsstrukturen vergeben und in vollem Umfang zur Förderung von Projekten in den Entwicklungsländern selbst einsetzen. Dazu zählt für die CDU in Niedersachsen die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und mit Initiativen wie dem Eine-Welt-Promotoren-Programm.

FDP

Antwort 1: Für uns Freie Demokraten lebt die liberale Demokratie von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die mitbestimmen können. Selbstbestimmung in allen Lebenslagen heißt demokratische Mitbestimmung unterhalb der repräsentativen Demokratie. Unsere Republik braucht engagierte und mutige Bürger, die jenseits der Teilnahme an Wahlen Verantwortung übernehmen. Wir stärken die liberale Demokratie als Lebensform in dem wir ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement, den punktuellen Einsatz professionell moderierter Bürgerbeteiligung sowie den probeweisen Ausbau von Instrumenten der direkten Demokratie aus kommunaler Ebene und Landesebene unterstützen. Wir wollen, dass die direkte Demokratie zu den gleichen Bedingungen wie denen von Wahlen abgehalten wird, hierzu gehört insbesondere die Briefwahl. Wir wollen allerdings, dass die Initiatoren auch die finanziellen Konsequenzen der politischen Entscheidung aufzeigen müssen. Die Elemente der direkten Demokratie müssen attraktiver werden, indem die Möglichkeit der Befragung und Abstimmung über das Internet eingeführt wird. Dabei müssen alle rechtlichen und sicherheitstechnischen Risiken ausgeschlossen sein.

Antwort 2: Eine solide Haushaltspolitik ist die Grundlage für eine generationsgerechte Haushaltspolitik. Die heutigen Schulden des Staates sind die Steuern unserer Kinder, der Generation von morgen. Zwar konnte die Kreditaufnahme aufgrund der guten Konjunktur und der Steuereinnahmen in den letzten Jahren immer weiter reduziert werden, jedoch bedrohen die immer weiter wachsenden Ausgaben einen konsequenten Verzicht auf Neuverschuldung, den Schuldenabbau sowie den Abbau bestehender Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger. Langfristig kann eine faire Haushaltspolitik nur gelingen, wenn der Staat seine Aufgaben regelmäßig überprüft und auf seine Kernaufgaben zurückführt. Vor diesem Hintergrund werden wir bei einer Regierungsbeteiligung alle Ausgaben des Landes kritisch hinterfragen.

Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Der VEN erwartet von einer zukünftigen Landesregierung die finanzielle Absicherung und Ausweitung des Eine Welt-Promotor*innen-Programms und die Förderung von entwicklungspolitischer Bildungs- und Informationsarbeit von Initiativen und Vereinen in Niedersachsen. Außerdem setzt er sich dafür ein, dass die zivilgesellschaftliche Partnerschaftsarbeit sowohl mit Eastern Cape und Tansania als auch mit anderen Weltregionen unterstützt wird. Dabei sollen Kooperationen zwischen Migrantenselbstorganisationen und NGOs der Entwicklungszusammenarbeit in Niedersachsen sowie der interkulturelle Dialog unterstützt werden.

3 Leitlinien Wirtschaft und Menschenrechte umsetzen

Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Inwiefern werden Sie die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Niedersachsen umsetzen?
- 2 Inwiefern setzen Sie auf gesetzlich geregelte und verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in der Außenwirtschaftsförderung und für Unternehmen, an denen das Land Niedersachsen Anteile hat?

Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** möchte die niedersächsischen Unternehmen für die UN-Leitprinzipien „sensibilisieren“.

Bündnis 90/Die Grünen wollen sich für eine Umsetzung der UN-Leitlinien auf Landesebene einsetzen, „sofern sich Handlungsoptionen zeigen“, und die Wirtschaftsförderung und Landesbeteiligungen an Unternehmen „noch stärker“ an Zielen, wie Menschenrechten, soziale Gerechtigkeit oder den internationalen Nachhaltigkeits- und Klimazielen, ausrichten.

Die **CDU** sieht die Möglichkeiten einer Umsetzung der UN-Leitlinien auf Landesebene als gering an, will den Prozess des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte „konstruktiv begleiten“. Gesetzliche Regelungen bzgl. menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten sieht die CDU aktuell als nicht nötig an.

Die **FDP** hält eine Umsetzung des aktuellen Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung für sinnvoll, weist aber darauf hin, dass „wirkliche Probleme in den betroffenen Ländern durch eine wirkungsvolle und koordinierte Entwicklungspolitik gelöst werden müssen“.

Die Parteien im Wortlaut:

SPD

Wir als SPD möchten alle Bürgerinnen und Bürger auf das Thema der Globalisierung unter fairen Bedingungen aufmerksam machen und ihnen den Zugang zu einem offenen Diskurs über die damit einhergehenden Herausforderungen ermöglichen. Aus diesem Grund soll die Thematik verpflichtend im Rahmen des bestehenden Fachunterrichts an allen Schulformen einfließen.

In Niedersachsen gibt es bereits das Pilotprojekt „Schule gestaltet Globalisierung – Orientierungsrahmen globale Entwicklung in Niedersachsen“, an dem bereits viele Schulen des Sekundarbereichs II teilnehmen. Darüber hinaus gibt es weitere sieben Schulen des Sekundarbereichs I, die die Möglichkeit haben, als assoziierte Schulen am Projekt teilzunehmen.

Wir unterstützen die Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte uneingeschränkt. Deshalb wollen wir auch innerhalb einer zukünftig SPD-geführten Landesregierung die hier ansässigen Betriebe weiterhin dafür sensibilisieren, ihre Unternehmungen auch über die EU-Binnengrenzen hinaus UN-menschenrechtskonform auszugestalten – besonders dann, wenn es um den Handel mit Entwicklungsländern geht.

Darüber hinaus fühlen wir uns als Teil der Bundesrepublik Deutschland der UN-Menschenrechtscharta und den Werten und Normen, für die sie steht, verpflichtet. In diesem Sinn werden wir auch als Landesregierung für den Erhalt und die Umsetzung dieser gemeinsamen Leitmotive einstehen.

Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1: Die Beachtung von Menschenrechten und Sozialstandards ist für uns von hoher Bedeutung. Im Bereich des Vergaberechts, bei Stellungnahmen der Landesregierung zu internationalen Handelsabkommen und im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit haben wir die Beachtung der Menschenrechte eingefordert und umgesetzt. Nachdem auf Grundlage der „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ auf Bundesebene ein nationaler Aktionsplan verabschiedet wurde, streben wir in Anlehnung daran, eine Umsetzung auf Landesebene an, sofern sich Handlungsoptionen zeigen.

Antwort 2: Bei den außenwirtschaftlichen Beziehungen treten wir für Menschenrechte, politische Teilhabe, friedliche Beziehungen zwischen den Staaten, soziale Gerechtigkeit, eine ausgewogene globale Entwicklung und die internationalen Nachhaltigkeits- und Klimaziele ein. Diese Ziele verfolgen wir z.B. bei Delegationsreisen der Landesregierung ins Ausland. Wir werden die Wirtschaftsförderung, Kooperationen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit und Beteiligungen des Landes an Unternehmen sowie die Beschaffung von Produkten zukünftig noch stärker an den oben genannten Zielen ausrichten, um den Einfluss Niedersachsens für einen gerechteren Welthandel zu nutzen.

CDU

Antwort 1: Die in drei Säulen zusammengefassten 31 Elemente der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte fordern die Verantwortung der Staatengemeinschaft, die unternehmerische Verantwortung für die Wahrung der Menschenrechte sowie einen verlässlichen Zugang zu effektiven Rechtsmitteln ein.

Die Möglichkeiten des Landes Niedersachsen, in diesen Bereichen ausschließlich auf Landesebene tätig zu werden, sind eher gering. Deshalb wird die CDU sich dafür einsetzen, den auf Bundesebene begonnenen Prozess fortzusetzen und ihn konstruktiv begleiten. Gleichzeitig wird aber auch darauf zu achten sein, dass durch die Umsetzung keine zusätzlichen bürokratischen Belastungen ausgelöst werden.

Antwort 2: Die CDU setzt sich für eine stärkere Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten beispielsweise durch die sogenannte Corporate Social Responsibility ein. Durch zunehmende Transparenz von Lieferketten sowie Berichten über Produktionsbedingungen in Ländern des globalen Südens erhalten Verbraucher in vermehrtem Maße einen Überblick über die Einhaltung entsprechender Standards. Einen wichtigen Beitrag leisten zudem internationale Organisationen wie die WTO oder die ILO. Niedersachsen geht dabei als Anteilseigner der Volkswagen AG und der Salzgitter AG mit gutem Beispiel voran. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sieht die CDU nicht die Notwendigkeit, den gesetzlichen Rahmen zu verschärfen.

FDP

Antwort 1: Wir halten eine Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte auf Basis des im Dezember 2016 verabschiedeten nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der Leitprinzipien für sinnvoll.

Antwort 2: Wir sind davon überzeugt, dass sich Unternehmen grundsätzlich langfristig ohne Staatsbeteiligung und ohne staatliche Unterstützung am Markt bewähren müssen. Wir wollen die Anzahl der Beteiligungen des Landes prüfen und ggf. weiter reduzieren. Das heißt insbesondere auch, dass Beteiligungen an landeseigenen Unternehmen oder von Unternehmen, an denen das Land beteiligt, nicht weiter ausgebaut werden sollen, sondern das Risiko für den Steuerzahler reduziert werden soll. Für Unternehmen, an denen das Land aktuell beteiligt ist, gelten dieselben Gesetze wie für andere Unternehmen auch. Eine Wettbewerbsverzerrung im Handel durch den Einsatz öffentlicher Mittel darf es nicht geben. Wirkliche Probleme in den betroffenen Ländern müssen durch eine wirkungsvolle und koordinierte Entwicklungspolitik gelöst werden.

Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Die Landespolitik sollte festgelegte Kriterien und Vorgaben für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen ausarbeiten, die durch das Land Niedersachsen gefördert werden, bzw. sich im Besitz des Landes befinden. Der VEN erwartet, dass die Vertreter*innen der Landesregierung ihre Rolle in den Aufsichtsräten der Unternehmen und den Verwaltungsräten der Landesbanken proaktiv wahrnehmen, die Wahrung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht einfordern.

4 Faire öffentliche Beschaffung konsequent nachhaltig umsetzen

Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Inwiefern werden Sie sich dafür einsetzen, die öffentliche Beschaffung konsequent nach sozialen und ökologischen Kriterien weiter zu stärken und auszubauen?
- 2 Wie werden Sie sicherstellen, dass Produkte der öffentlichen Beschaffung nicht unter Menschenrechtsverletzungen und unter Missachtung der internationalen ILO-Kernarbeitsnormen produziert wurden?

Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** will das Landesvergabegesetz auf alle öffentlichen Aufträge und Dienstleistungen ausweiten und Kontrollen durch die Auftraggeber in das bestehende Tariftreue- und Vergabegesetz integrieren.

Bündnis 90/Die Grünen möchten den Geltungsbereich für die ILO-Normen im Vergabegesetz ausweiten und entsprechende Schulungen für Behördenmitarbeiter*innen sowie Unternehmen einführen. Die „Verpflichtung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen“ soll auf Bundes- und EU-Ebene über den Bundesrat passieren.

Die **CDU** will „sachfremde Faktoren wieder aus dem Vergaberecht herausnehmen“ und sieht soziale und ökologische Kriterien zur Sicherstellung von Fairness und Transparenz als nicht geeignet an. Die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen in der öffentlichen Beschaffung sollen stattdessen vertraglich festgelegt werden.

Die **FDP** sieht eine „Vereinfachung des Vergaberecht“ als notwendig an.

Die Parteien im Wortlaut:

SPD

Wir haben innerhalb der Regierungskoalition mit der Novellierung zum Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes 2013 bereits einen großen Beitrag auf dem Weg zu fairer, sozial und ökologisch verträglicher öffentlicher Beschaffung geleistet.

Bestandteil dieses Gesetzes und weiterer zukünftiger Anpassungen sind insbesondere ein vergabespezifischer Mindestlohn, die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen sowie der Vorrang sozialer und ökologischer Beschaffungskriterien.

Zudem stehen wir dazu, dass das Landesvergabegesetz auf alle öffentlichen Aufträge und Dienstleistungen ausgeweitet wird und die Einhaltung allgemeinverbindlicher Tarifverträge sowie – im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs – repräsentativer Tarifverträge gewährleisten muss. An diesem Punkt wird unser Engagement aber noch lange nicht enden.

Die Vergabegesetze der Länder sind ein wichtiger Baustein, um einerseits faire Wettbewerbsbedingungen zu garantieren und andererseits Mindeststandards gezielt durchzusetzen, indem Niedriglöhne und Lohndumping zurückgedrängt werden. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die öffentliche Vergabe unter Wahrung fairer Löhne und Arbeitsbedingungen auch bei Land und Kommunen klar und kompromisslos umgesetzt wird.

Im Übrigen entfaltet unserer Meinung nach ein Vergabegesetz seine Wirksamkeit nur, wenn entsprechende Kontrollen vom Auftraggeber vorgenommen werden. Da es zu wenige solcher Kontrollen gegeben hat, werden wir diese in das bestehende NTVergG integrieren – werden dabei derzeit jedoch von CDU/FDP mit ihrer „neuen Mehrheit“ im Landtag blockiert.

Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1: Wir haben dafür gesorgt, dass für die öffentliche Beschaffung des Landes Niedersachsen und der Kommunen sowie anderer öffentlicher Auftraggeber verbindliche Umwelt- und Fairness-Kriterien eingeführt wurden: Durch die Neufassung des Tariftreue- und Vergabegesetzes haben wir dafür gesorgt, dass bei allen öffentlichen Aufträgen ab 10.000 Euro die Zahlung des Tarif- oder Mindestlohns ein verbindliches Kriterium ist und die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen berücksichtigt werden muss. Darauf wollen wir aufbauen indem wir deren Geltungsbereich für die ILO-Kernarbeitsnormen ausweiten, regelmäßige Schulungen für die Behördenmitarbeiter*innen sowie für Unternehmen einführen.

Antwort 2: Durch die Neufassung des Tariftreue- und Vergabegesetzes in 2013 haben wir einen Rechtsrahmen dafür geschaffen, dass die öffentliche Beschaffung nur faire Produkte oder Dienstleistungen berücksichtigt. Um den Markt und die Anzahl zertifizierter Produkte zu erweitern, wollen wir über den Bundesrat die Verpflichtung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen auch auf Ebene des Bundes und der EU weiter vorantreiben.

CDU

Antwort 1: Die CDU setzt sich dafür ein, sachfremde Faktoren wieder aus dem Vergaberecht herauszunehmen. Die Verankerung sozialer und ökologischer Kriterien ist aus unserer Sicht nicht geeignet, das öffentliche Beschaffungswesen transparenter und fairer zu gestalten. Davon unberührt bleiben Bemühungen z.B. in der Energie- und Entwicklungspolitik, den ökologischen Fußabdruck des Menschen weltweit zu reduzieren und menschenrechtswidrige Arbeitsbedingungen zu bekämpfen.

Antwort 2: Die CDU setzt auf die weltweite Einhaltung der internationalen ILO-Kernarbeitsnormen. Wir setzen uns dafür ein, im Beschaffungswesen durch vertragliche Übereinkommen sicherzustellen, dass entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette Menschen- und Arbeitsrechte garantiert werden.

FDP

Antwort 1: Für und Frei Demokraten war es schon immer selbstverständlich, Entscheidungen am Prinzip der Nachhaltigkeit auszurichten. Dazu gehören gleichberechtigt die Faktoren Ökonomie, Ökologie und soziales. Für diesen Gleichklang werden wir uns zukünftig weiter einsetzen, auch in der Gestaltung öffentlicher Beschaffung.

Antwort 2: Die aktuelle rot-grüne Landesregierung hat im April 2015 beschlossen. Dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beachtet werden müssen. Wie sich nun zum Ende der aktuellen Legislaturperiode durch diverse Vergabeskandale herausstellt, sie die aktuelle Landesregierung jedoch heillos damit überfordert, ihre eigenen vermeintlich hochgesteckten Ziele zu erreichen. Sollten wir Freien Demokraten nach der kommenden Landtagswahl der Landesregierung angehören, werden wir dafür sorgen, dass die öffentliche Beschaffung wieder in Ansprüche erfüllt, die die Politik an sich selbst wie an private Unternehmen stellt. Dazu ist eine Vereinfachung des Vergaberechts notwendig.

Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Bei der öffentlichen Beschaffung muss die Berücksichtigung menschenrechtlicher Kriterien in der Lieferkette verbindlich sein. Der VEN fordert daher eine konsequente Umsetzung, z.B. der Niedersächsischen Kernarbeitsnormenverordnung (NKernVO). Eine erhebliche Erweiterung ihres Geltungsbereiches ist dafür von Nöten. Entsprechende Schulungen der Verantwortlichen und Umstrukturierungen des Einkaufs in Richtung Qualität statt Quantität sollten diesen Prozess unterstützen. Wir empfehlen der Landesregierung daher, die Möglichkeit der Abgabe einer Eigenerklärung von vornherein auszuschließen und stattdessen in Form einer Rechtsverordnung eine produktspezifische Auflistung von anerkannten Zertifikaten in die Nachweisführung zu integrieren.

5 Handelspolitik sozial und ökologisch gestalten

Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Inwiefern werden Sie sich für eine sozial- und umweltgerechte Handelspolitik einsetzen, die kohärent zu entwicklungspolitischen Zielen ist?
- 2 Was muss am dringendsten in der aktuellen Ausrichtung der Handelspolitik geändert werden?

Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** möchte Handelsbeziehungen ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig gestalten.

Bündnis 90/Die Grünen wollen keinen Handelsabkommen zustimmen, die z.B. Schiedsgerichte für Investoren vorsehen und sich stattdessen für einen „demokratisch legitimierten EU-Handelsgerichtshof“ einsetzen. Die Sustainable Development Goals sollten die „Richtschnur“ für die Handelspolitik werden.

Die **CDU** setzt sich für Freihandelsabkommen sowohl bilateral als auch innerhalb der WTO ein. Aspekte, wie Augenmaß bei Schiedsgerichtbarkeit, Investitionsschutz, Umwelt- und Sozialstandards sind dabei nicht verhandelbar. Als Schlüsselaufgabe sieht die CDU eine Erhöhung der Transparenz an, um Vorurteile abzubauen.

Der **FDP** zufolge bedarf es erfolgreicher Kooperationen mit der Wirtschaft, um den globalen Handel besser für Länder des Globalen Südens zu nutzen. Nachhaltige Zukunftsperspektiven für Menschen im Globalen Süden entstehen nur bei erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung.

Die Parteien im Wortlaut:

SPD

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als Teil der Bundesregierung und zahlreicher Landesregierungen sind uns unserer Verantwortung bewusst, die durch den Handel deutscher Unternehmen mit anderen Nationen entsteht. Wir möchten die Möglichkeit ergreifen, diese Handelsbeziehungen für alle Seiten ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig zu gestalten, ebenso wie die Bedingungen, unter denen diese zustande kommen.

Unser Ziel muss es sein, der Bundesrepublik und dem bundesdeutschen Außenhandel eine Vorbildfunktion zu verleihen. Daher setzen wir uns beispielweise bei öffentlichen Vergabeverfahren für gerechte Arbeitsbedingungen ein. Zusätzlich legen wir Wert auf die Vereinbarkeit von Wirtschafts- und Handelspolitik mit entwicklungspolitischen Zielen.

Ein richtiger Schritt aus unserer Sicht ist es, bei entstehenden bilateralen Beziehungen, auf sozial und ökologisch verträgliche Rahmenbedingungen Wert zu legen.

Eines der wichtigsten Problemfelder im Bereich der Handelsbeziehungen zwischen der EU und den Ländern der Dritten Welt entsteht daraus, dass EU-Staaten durch die Ausfuhr von Lebensmitteln zu niedrigen Preisen regionale Produkte und Landwirte von den Märkten verdrängen und dadurch indirekt die Armut fördern – was in letzter Konsequenz eine von vielen Fluchtursachen sein kann.

Dieses Problem wollen wir in Zukunft auch im Rahmen der Landespolitik verstärkt angehen und uns für einen Handel einsetzen, von dem alle Beteiligten profitieren.

Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1: Wir wollen die Globalisierung gerechter und ökologisch nachhaltiger gestalten. Dafür braucht es starke Regeln, die Umwelt, Beschäftigte und Verbraucher*innen schützen. Wir setzen uns für Handelsabkommen ein, die transparent verhandelt werden und an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind. Etablierte demokratische und rechtsstaatliche Institutionen dürfen nicht in Frage gestellt werden. Wir wollen einen fairen Handel, der Wirtschaft, Umwelt und Soziales in Einklang bringt. Nur fairer Handel bringt Chancen für ärmere Länder und stärkt Menschenrechte.

Im Bundesrat werden wir keinen Handelsabkommen zustimmen, die Klagerechte von Investoren gegen Staaten vor sogenannten Schiedsgerichten enthalten, die den Zugang zu Gütern der Daseinstorsorge einschränken, die Sozial- und Umweltstandards schwächen, ärmere Staaten benachteiligen oder die Selbstverwaltungsrechte der Kommunen beschneiden. Statt Schiedsgerichten streben wir einen demokratisch legitimierten EU-Handelsgerichtshof an. Wir GRÜNEN fordern daher einen Neustart der europäischen Handelspolitik.

Antwort 2: Die Handelspolitik muss endlich an sozialen und ökologischen Werten ausgerichtet werden. Die Sustainable Development Goals (SDG) müssen die Richtschnur der Handelspolitik werden, damit Armut und Hunger weltweit reduziert sowie das Klima wirksam geschützt werden kann. Weniger stark entwickelte Länder wie z.B. afrikanische Staaten müssen auch zukünftig ungestraft die Möglichkeit haben ihre Märkte vor billigen Exportprodukten aus Europa zu schützen.

CDU

Antwort 1: Die CDU setzt sich für den Ausbau des Welthandels und die Sicherung fairer Handelsbedingungen ein. Einen wichtigen Beitrag hierzu leisten Freihandelsabkommen, sowohl zwischen der Europäischen Union und ihren Handelspartnern als auch innerhalb der Welthandelsorganisation WTO. Durch den Abbau von Zöllen und durch die gegenseitige Anerkennung von Normen und Zulassungsverfahren können die niedersächsischen Unternehmen nachhaltig wachsen. Wir werden den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen fördern und uns im Rahmen der Verhandlungen für die Interessen der Menschen in Niedersachsen stark machen.

Unsere hohen Standards im Umwelt-, Arbeits-, Verbraucher- und Datenschutz, die Gewährleistung der kommunalen Daseinsvorsorge, Augenmaß bei Schiedsgerichtsbarkeit und Investitionsschutz sowie Transparenz und Einbindung der nationalen Parlamente stehen dabei nicht zur Disposition.

Antwort 2: Die CDU hält es für besonders wichtig, durch eine Erhöhung der Transparenz Bedenken der Verbraucher gegen den Freihandel abzubauen und die Vorteile für den Einzelnen stärker herauszuarbeiten. Insbesondere gilt dies für die Sicherung der hohen Standards innerhalb der EU, die in Verhandlungen über Freihandelsabkommen nicht zur Disposition stehen dürfen.

FDP

Antwort 1: Wir Freien Demokraten wollen die Chancen von Schwellen- und Entwicklungsländern für den globalen Handel besser nutzen. Die von uns begonnene erfolgreiche Kooperation mit der Wirtschaft ist ein wichtiges Instrument, um weltweit Entwicklung zu fördern. Nötig dafür ist eine konsequente Außenwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik, die Chancen für Unternehmen in den Entwicklungsländern, aber auch für deutsche Unternehmen bietet.

Antwort 2: Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit zu mehr nachhaltiger Investitions- und Arbeitsplatzförderung. Nur durch eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft können die drängenden wirtschafts- und klimapolitischen Herausforderungen bewältigt werden. Wir fordern neue globale Partnerschaften und Projekte zwischen der deutschen und lokalen Privatwirtschaft in den Entwicklungsländern, insbesondere für mehr Beschäftigung. Nur eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung schafft nachhaltige Zukunftsperspektiven für die Menschen in den betroffenen Regionen, um so auch weiteren Wanderbewegungen vorzubeugen. Dieser Weg muss in der zukünftigen Ausrichtung der Handelspolitik konsequent besritten werden.

Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Die deutsche und europäische Handelspolitik sollten eine von den SDGs abgeleitete Handelspolitik anstreben, die zur weltweiten Überwindung von Armut, Hunger und einem wirksamen Klimaschutz beitragen. Der VEN fordert die nächste Landesregierung daher auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine grundlegende Neuausrichtung der Handelspolitik einzusetzen. Dafür müssen Umwelt-, Sozial-, und Menschenrechtsstandards im Rahmen aller Handelsabkommen verbindlich und gleichgewichtig zu den Handelszielen festgeschrieben werden.

6 Klimawandel bekämpfen

Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Durch welche Maßnahmen werden Sie sich für eine ressortübergreifende Berücksichtigung von Aspekten des globalen Klimawandels bei politischen Weichenstellungen einsetzen, z.B. in den Bereichen Industrie, Landwirtschaft, Energie, Handel, Umwelt, Wissenschaft und Bildung?
- 2 Wie wollen Sie sicherstellen, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel als Querschnittsthema in der niedersächsischen Landespolitik durchgesetzt werden?

Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** strebt den Atom- und Kohleausstieg an und will stattdessen auf Erneuerbare Energien setzen. Ein Zeitpunkt wurde nicht genannt.

Bündnis 90/Die Grünen wollen im Rahmen eines Klimaschutzgesetzes „klare Landesziele“ und Maßnahmen definieren, u.a. mit einem integrierten Energie- und Klimaschutzprogramm.

Der **CDU** nach sollten sich niedersächsische Klimaschutzinitiativen „am Grundsatz der Wirtschaftlichkeit orientieren und einen wissenschaftlich nachvollziehbaren Nutzen“ haben.

Die **FDP** sieht „exzellente Forschung und Innovation“ als Schlüsselaspekt beim Thema Klimawandel. Dazu sollen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und forschende Unternehmen mehr Freiheiten bekommen.

Die Parteien im Wortlaut:

SPD

Die SPD bemisst dem Schutz und den Folgen des Klimawandels hohe Priorität bei. Neben dem vorbeugenden Hochwasserschutz und dem angepassten Wassermanagement als Reaktion auf wiederkehrende extreme Niederschläge, treten wir durch eine intelligente Siedlungs- und Verkehrsplanung den intensiven Wärme- und Trockenphasen und damit einhergehenden steigenden Feinstaub-Emissionen entgegen. Flüssen und Flussauen muss bei fairem Interessenausgleich mit der Landwirtschaft wieder mehr Raum zugestanden werden. Überschwemmungsgebiete von Flüssen dürfen nicht weiter zur Bebauung oder Versiegelung freigegeben werden. Schließlich muss in Folge der Erderwärmung und dem daraus resultierenden erhöhten Meeresspiegel der Deichsicherheit und dem Küstenschutz für Anwohner wieder mehr Bedeutung eingeräumt werden.

Schon in dieser Wahlperiode haben wir uns mit verschiedenen Projekten und Initiativen für den Klimaschutz eingesetzt. Wir haben eine Klimaschutzstrategie erarbeitet und streben eine Reduktion der Treibhausgase um 70 % an. Im April 2014 ist die neu gegründete Klimaschutz- und Energieagentur des Landes Niedersachsen (KEAN) an den Start gegangen. Die KEAN versteht sich

als landesweites Kompetenzzentrum für die Themen Energieeffizienz, Energieeffizienz und Einsatz von erneuerbaren Energien im Gebäudebereich und in Betrieben. Aufgabe der KEAN ist es, die praktische Umsetzung der Energiewende in Niedersachsen zu unterstützen.

Über Kampagnen soll die Bevölkerung erreicht werden. Jeder kann Energie sparen. Hierzu soll es weiterhin verschiedene Förderprojekte z.B. zur Gebäudesanierung geben.

Es muss aber auch die Akzeptanz der Bevölkerung bei der Energiewende erhöht werden. Atom- und Kohlestrom müssen durch erneuerbare Energien ersetzt werden, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und keine weiteren Jahrhundertlasten für die nachfolgenden Generationen zu schaffen.

Allen Bürgerinnen und Bürgern stehen bei der Umsetzung der Energiewende Partizipationsrechte zu. Eine SPD-Landesregierung wird Bürgerbeteiligungsmodelle auch im Rahmen der inzwischen obligatorischen Vergabe im Ausschreibungsverfahren gewährleisten. Darüber hinaus soll im Rahmen einer bildungspolitischen Offensive zu Klimaschutz und Energiewende in allen Bildungseinrichtungen ein umsichtiger Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen vermittelt werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1.: Die Bedrohung durch den Klimawandel ist die existenzielle Herausforderung unserer Zeit. Wird die Klimakrise nicht gestoppt drohen der Menschheit – so die einhellige Expertenmeinung – Klimakatastrophen unkontrollierbaren Ausmaßes und eine erhebliche Zunahme von Kriegen und Fluchtbewegungen. Die UN rechnen weltweit mit 200 Millionen zusätzlichen Umweltflüchtlingen bis zur Mitte dieses Jahrhunderts, wenn nicht endlich umgesteuert wird. Wir GRÜNE haben den Klimaschutz von Anfang an ganz oben auf unsere Agenda gesetzt und Programme für einen konsequenten Umwelt- und Klimaschutz vorgelegt.

Am „Runden Tisch Energiewende“ hat das grün geführte Umweltministerium die wichtigsten

gesellschaftlichen Gruppen zusammengebracht und mit ihnen gemeinsam ein klima- und

energiepolitisches Leitbild entwickelt. Die Vision: 100 Prozent Klimaschutz, 100 Prozent erneuerbare Energien und die Halbierung des Energieverbrauchs. Um dies umzusetzen, streben wir ein starkes Klimaschutzgesetz mit klaren Landeszielen an. Dazu gehört auch ein integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm mit konkreten Maßnahmen. Damit es wirksam ist, muss dieses Programm alle Politikbereiche einbeziehen. So brauchen wir unter anderem ein Investitionsprogramm zur energetischen Sanierung landeseigener Gebäude, zur Förderung der angewandten Forschung zu den Auswirkungen des Klimawandels sowie zur Weiterentwicklung erneuerbarer Energien und nicht zuletzt zum Umbau der Mobilität.

Antwort 2: Zum einen durch ein wirksames Klimaschutzgesetz und einem integrierten Energie- und Klimaschutzprogramm mit konkreten Maßnahmen. Dieses basiert auf dem energiepolitischen Leitbild, das gemeinsam mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren entwickelt wurde und verschiedene Ressorts der Landesregierung betrifft. Zum anderen durch die Nachhaltigkeitsstrategie, die unter Beteiligung aller Ministerien im Umweltministerium erarbeitet wurde und die Umsetzung der Internationalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) für Niedersachsen definiert.

CDU

Antwort 1: Wir werden uns dafür einsetzen, dass Deutschland auch mit Blick auf das Pariser Abkommen seine international führende Rolle im Umwelt- und Naturschutz sowie im Klimaschutz ausbaut und für ein gemeinsames Vorgehen der internationalen Gemeinschaft wirbt. Ideologische Beschränkungen und ständige Zielverschärfungen lehnen wir jedoch ab.

Eigene Initiativen unseres Landes beim Klimaschutz müssen sich am Grundsatz der Wirtschaftlichkeit orientieren und einen wissenschaftlich nachvollziehbaren Nutzen bewirken. Um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu sichern, ist unser Maßstab die vorrangige Nutzung der Energieeffizienzpotenziale zur Umsetzung der europäischen Klimaziele.

Auch die Landwirtschaft muss ihren Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten. Wir werden diesen ideologiefrei, wissenschaftsbasiert und wirtschaftlich leistbar einfordern.

Im Mobilitätssektor werden wir den Anteil an Elektro-, Hybrid- und erdgasangetriebenen Bussen beim ÖPNV anheben, insbesondere in den Großstädten. Ferner werden wir Kommunen bei der Erstellung von Luftreinhalteplänen auch finanziell unterstützen, wenn sie auf Fahrverbote verzichten.

Antwort 2: Maßnahmen gegen den Klimawandel stellen bereits heute eine Querschnittsaufgabe dar. Mit der Energiewende, der energetischen Gebäudesanierung, der Stärkung der Elektromobilität sowie klimafreundlicherer Produktionsmethoden in der Landwirtschaft sind bereits vier Ministerien in zentrale Herausforderungen eingebunden. Eine übergeordnete Koordinierung erscheint vor diesem Hintergrund vorerst unnötig.

FDP

Antwort 1: [Fehlt]

Antwort 2: Der Klimawandel im Zusammenhang mit der steigenden Erdbevölkerung sowie knapper werdender natürlicher Ressourcen stellt die Menschheit vor gewaltige Herausforderungen. Mit exzellenter Forschung und Innovationen können für diese Herausforderungen neue Antworten gefunden werden, die verantwortungsbewusst, nachhaltig und fair sind sowie Lösungen für alle in Frage 1 genannten Bereiche bieten. Wir sollen, dass diese Entwicklung von uns angetrieben wird. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie die forschenden Unternehmen brauchen dazu mehr Freiheit und keine Denkverbote. Ebenso wichtig sind eine besser finanzielle Ausstattung und eine leistungsfähige Infrastruktur.

Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Die Erreichung der Pariser Klimaziele sollte für die nächste Landesregierung hohe Priorität in der Ausrichtung ihrer Ziele und Strategien haben.

Der VEN empfiehlt der neuen Landesregierung einen Technologie- und Know-How-Transfer in die Partnerländer/-regionen des Landes und ggf. in weitere Entwicklungsländer zu berücksichtigen. Zudem sollte die öffentliche Bewusstseinsbildung gestärkt werden – in Niedersachsen und Partnerländern/-regionen – für die Notwendigkeit und die Vorteile erneuerbarer, dezentraler Energiesysteme und Energieeffizienzmaßnahmen.

7 Landwirtschaft global gerecht gestalten

Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Wie werden Sie sicherstellen, dass kleine und mittlere bäuerliche Betriebe in Niedersachsen eine bessere Perspektive erhalten?
- 2 Was tun Sie konkret, um Formen der industriellen Tierhaltung einzudämmen und umwelt- und tiergerechte Haltungsformen auf bäuerlichen Höfen zu fördern?
- 3 Wie verhindern Sie im Rahmen der internationalen Verantwortung, dass eine intensive Landwirtschaft in Niedersachsen bäuerlich geprägte Agrarmärkte in den Ländern des Südens zerstört?
- 4 Wie setzen Sie sich für eine europäische Verantwortung der Agrarpolitik im Sinne der Sustainable Development Goals ein?

Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** setzt sich dafür ein, dass umweltschädliche großflächige Monokulturen kompensiert oder unterbunden werden. Ziel ist es auch, bäuerliche Strukturen zu stärken, um eine nachhaltige Produktionsweise im ländlichen Raum zu fördern. Tierhaltung soll stärker an Agrarflächen gebunden sein.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich u.a. für die weitere Um- schichtung der Agrarsubventionen zugunsten einer ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft, eine Pachtpreisbremse und Be- schränkungen der Nahrungsmittelspekulation ein. Der massen- hafte Import von Soja soll durch den verstärkten Anbau hei- mischer, gentechnikfreier Eiweißpflanzen reduziert werden. Auf europäischer Ebene setzen sie sich für eine intelligente Milchmen- genreduzierung ein.

Die **CDU** möchte für neue Regelungen in der Landwirtschaft eine Folgenabschätzung für die wirtschaftliche Praxis. Regionale Märkte sollen gestärkt, Landwirte bei der Diversifizierung und Spe- zialisierung unterstützen werden. Die CDU strebt eine stärkere Rolle der EU bei der Koordinierung entwicklungspolitischer Bemü- hungen und eine stärkere Kohärenz zwischen Agrar- und Entwick- lungspolitik an.

FDP setzt sich für eine Politik ein, die es der Landwirtschaft deut- lich einfacher auf bürokratischer Ebene macht. Sie sieht in der Di- gitalisierung neue Chancen für die Landwirtschaft und möchte sie gemeinsam mit den Landwirten fördern. Aus Sicht der FDP ist es schon heute möglich, in Afrika unter Weltmarktbedingungen zu produzieren.

Die Parteien im Wortlaut:

SPD

Die SPD setzt sich im Rahmen des Programms „Ressourcensiche- rung“ dafür ein, dass umweltschädliche großflächige Monokul- turen kompensiert oder unterbunden und gleichzeitig zusätzlicher Lebensraum im Biotopverbund gesichert werden. Einen Schwer-

punkt werden dabei Randzonen der genutzten Flächen und Ge- wässer bilden.

Des Weiteren ist uns der Schutz der Wasserqualität ein beson- deres Anliegen. Mit der konsequenten Umsetzung des „Master- plan Ems“ werden wir die Renaturierung der Fließgewässer weiter voranbringen. Zudem arbeiten wir an Konzepten zur Verminde- rung der Schadstoffeinträge und dem sparsamen Umgang mit dem Wasser in der Landwirtschaft.

Eine SPD-Landesregierung fordert eine wirksame Kooperation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, weil nur so Verbesse- rungen in der Umwelt zu erreichen sind.

Die Politik einer SPD-geführten Landesregierung ist auf eine lei- stungsfähige Agrar- und Ernährungswirtschaft ausgerichtet, die sich der Nachhaltigkeit und dem Tierwohl verpflichtet sowie res- sourceschonend qualitativ hochwertige Lebensmittel produziert. „Vom Acker bis zur Ladentheke“ – in diesem Leitsatz ist ein hohes Maß an Lebensmittelsicherheit und Qualitätskontrolle durch lü- ckenlose Rückverfolgbarkeit garantiert. Eine solche Zielsetzung schließt die Zukunftsfähigkeit der Agrar- und Ernährungswirt- schaft ein. Ziel einer SPD-geführten Landesregierung ist es des- halb, das Tierwohl zu verbessern, eine Abwanderung der Tierhal- tung zu vermeiden und bäuerliche Strukturen zu stärken, um eine nachhaltige Produktionsweise im ländlichen Raum zu fördern.

Der Lebensmittelmarkt fordert neben der Versorgung mit gesun- den Lebensmitteln höchster Qualität auch regionale, vegetarische oder vegane Produkte. Das eröffnet der Agrar- und Ernährungs- branche neue Absatzchancen, die konsequent genutzt werden müssen.

Tierhalter sollen ihre hochwertigen Produkte im Einklang mit den gesellschaftlichen Anforderungen erzeugen. Dafür müssen sie die Tierhaltungssysteme stärker an die arteigenen Bedürfnisse der Tiere anpassen. Gemeinsam mit dem Berufstand will eine SPD- Landesregierung die Tierschutzstandards des niedersächsischen Tierschutzplans in diesen Betrieben schrittweise auf einer verläss- lichen Basis umsetzen. Dazu soll eine nationale Nutztierstrategie erarbeitet und möglichst bundeseinheitlich umgesetzt werden.

In viehstarken Regionen sind Geruchsemissionen sowie hohe Be- lastung von Boden, Oberflächen- und Grundwasser durch Nähr- stoffeinträge wie Gülle unvermeidlich. Zusätzlich fallen Gärreste aus Biogasanlagen als verwertbare Nährstoffmengen an. Künftig müssen die Nährstoffkreisläufe durch eine stärker an Agrarflächen gebundene Tierhaltung geschlossen werden. Flächenbewirtschaf- tung und Tierhaltung müssen wieder zusammenwachsen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird für die Kontrolle der Nährstoffströme sorgen und Verstöße gegen geltendes Recht ahn- den. Sie wird auf Landesebene den Rechtsrahmen dafür weiter- entwickeln.

Durch ein verbessertes Nährstoffmanagement werden auch die Einträge in die Flüsse und somit auch das Meer sowie das Trink- wasser verringert. Auch unterstützen wir die Reduzierung des Mülls im Meer. Über Projekte zur klimaschonenden Landwirt-

schaft sollen weiter Techniken entwickelt werden, die den Boden und das Klima schützen. Moore sollen geschützt werden, die Ausweisung der FFH-Gebiete und von Naturschutzgebieten wird weiterverfolgt.

Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1: Wir haben die Agrarförderung nach dem Motto „kleine Betriebe, kleine Auflagen - große Betriebe, große Auflagen und Belastungen“, massiv umgestaltet und ökologisch ausgerichtet. Zum Beispiel werden nur noch tiergerechte kleine und mittlere Stallbauten gefördert. Mit dem Weidemilchprogramm fördern wir gezielt die Weidehaltung von Kühen. Dies kommt vor allem kleinen und mittelständischen Milchviehbetrieben zu Gute. Zur Stabilisierung des Milchpreises setzen wir auf eine intelligente Milchmengenreduzierung auf europäischer Ebene. Um klein- und mittelständische landwirtschaftliche Betriebe zu stützen, wollen wir dem Einstieg von Großinvestoren in den landwirtschaftlichen Bodenmarkt in Niedersachsen einen Riegel vorschieben und eine Pachtpreisbremse einführen.

Antwort 2: Seit dem rot-grünen Regierungswechsel 2013 gibt es endlich einen deutlichen Zuwachs bei der ökologischen Landwirtschaft. Diesen positiven Trend wollen wir mit einer weiteren umfassenden Förderung fortsetzen. Dazu gehört die Umsetzung eines Aktionsplans Ökolandbau gemeinsam mit den Verbänden, die Erleichterung des Flächenzugangs für Biobetriebe, indem z.B. Pachtflächen öffentlicher Eigentümer vorrangig ökologisch bewirtschaftet werden sollen, und die weitere Stärkung einer ökologischen Ausrichtung der Ausbildung in den Berufs- und Hochschulen. Wichtig ist auch, dass die Infrastruktur für die Vermarktung ökologischer Produkte deutlich verbessert wird.

Zu besseren Orientierungen von Verbraucher*innen fordern wir von der Bundesregierung eine transparente -Lebensmittelkennzeichnung in Bezug auf die Haltungsbedingungen und eine Reform der europäischen Agrarpolitik die darauf zielt, eine bäuerliche, ökologische und tiergerechte Wirtschaftsweise zu unterstützen.

Wir haben den Tierschutzplan erfolgreich und konsequent umgesetzt: Das Kürzen der Schnäbel von Millionen von Legehennen und Enten haben wir beendet und den Ausstieg aus dem Töten männlicher Küken forciert. Mit einer Prämie für intakte Ringelschwänze und den Verzicht auf Kastenstände haben wir auch bei den Schweinen eine tiergerechte Haltung gefördert. Wir haben eine Tierschutzbeauftragte in der Landesregierung und eine Schwerpunktsanwaltschaft für Verstöße gegen das Tierschutzrecht eingesetzt. Die von uns durchgesetzte Verbandsklage für Tierschutzverbände ist ein wichtiger erster Schritt, um den Tieren eine Stimme zu geben. Den massenhaften Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung haben wir um weit mehr als 50 Prozent reduziert. Die artgerechten Haltungsformen fördern wir durch die Einführung eines obligatorischen Prüf- und Zulassungsverfahrens für tiergerechtere Ställe sowie verpflichtende tierärztliche Standarduntersuchungen.

Antwort 3: Wir GRÜNEN setzen auf Klasse statt Masse in der niedersächsischen Fleischproduktion. Die immer noch starke Exportorientierung insbesondere in Länder des Globalen Südens sehen wir ausgesprochen kritisch, denn sie zerstört ihre Märkte und landwirtschaftlichen Strukturen. Wir setzen uns für den Erhalt und den Aufbau regionaler Lebensmittelproduktionen hier wie anderswo ein. Den massenhaften Import von Soja und die damit

verbundenen Umweltfolgen wollen wir durch den verstärkten Anbau heimischer, gentechnikfreier Eiweißpflanzen reduzieren und haben hierzu ein Forschungsvorhaben auf den Weg gebracht.

Antwort 4: Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die weitere Umschichtung der Agrarsubventionen zugunsten einer ökologischen Landwirtschaft, eine weitere Reduzierung der Agrarexportförderung in Entwicklungsländern und gegen Nahrungsmittelspekulationen ein. Alle diese Maßnahmen müssen einhergehen mit einer Stärkung der regionalen Landwirtschaft und regionaler Wirtschaftskreisläufe, um die Existenzgrundlage der Landwirt*innen zu erhalten. In Niedersachsen setzen wir uns für die Förderung des Ökologischen Landbaus, für ein Wassergesetz zur Reduzierung des Eintrags von Gülle, Pestiziden und Dünger sowie im Bund für die Anpassung des Düngegesetzes ein, um die Wasserqualität entsprechend der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zu verbessern. Mit dem Schutz niedersächsischer Moorlandschaften, der zu einem erheblichen Anteil durch EU-Fördermittel finanziert wird, leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele. Auch die Umsetzung der Agrarwende wird sich positiv auf einen verminderten Treibhausgasausstoß aus der Tierhaltung bemerkbar machen.

CDU

Antwort 1: Unser Land braucht auch in Zukunft eine leistungsstarke und widerstandsfähige Land- und Ernährungswirtschaft mit allen vor- und nachgelagerten Stufen, die in allen Regionen verankert ist und sich national wie international wirtschaftlich im Wettbewerb behaupten kann.

Jeder Landwirt, jeder zukünftige Hofnachfolger soll wieder mit Vertrauen in die Landesregierung und ihre ordnungsrechtlichen Vorgaben Zukunftsinvestitionen auf den Weg bringen können. Jeder neuen Gesetzesinitiative und Regelung soll zunächst eine Folgenabschätzung für die wirtschaftliche Praxis vorangehen. Die dazu befähigten Einrichtungen der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Wirtschaftskammern werden wir dafür stärken.

Regionale Märkte werden wir ebenfalls mit einem Förderprogramm stärken. Sie sind u. a. für die Akzeptanz der Lebensmittelproduktion im Land sehr wichtig, wirken vertrauensbildend und vernetzend und beleben die ländlichen Räume. Wir werden Landwirte bei der Diversifizierung und Spezialisierung unterstützen, damit diese beispielsweise durch die Umstellung auf nachgefragte Nischenprodukte neue Marktchancen ergreifen zu können.

Wir treten für eine umfängliche europäische Förderpolitik für den ländlichen Raum in Gänze ein, um die Anpassung von gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und Land sicherzustellen. Wir wollen die erste Säule erhalten und die zweite Säule aufwerten, um die neuen gesellschaftlichen Anforderungen an eine zukunftsfähige, moderne Landwirtschaft fördern zu können.

Wir schlagen vor, dass Lebensmittel „Made in Niedersachsen“ offensiv als solche gekennzeichnet werden können, um die heimische Wirtschaft zu stärken.

Antwort 2: Unsere nach guter fachlicher Praxis wirtschaftenden Landwirte arbeiten nach international höchsten Standards. Die artgerechte Haltung der Tiere ist elementarer Bestandteil der Arbeit und Ausbildung auf den Höfen in Niedersachsen.

Wir werden Forschung und Entwicklung von neuen, modernen Tierhaltungssystemen finanziell fördern, um das Tierwohl weiter zu verbessern. Wir werden die Erkenntnisse des Tierschutzplans Niedersachsen weiterentwickeln, um weitere Verbesserungen des Tierschutzes vereinbaren zu können, ohne tierhaltende Betriebe finanziell und organisatorisch zu überfordern. Wir appellieren an die Marktteilnehmer, Initiativen für mehr Tierwohl aktiv zu unterstützen.

Die praxisorientierte Folgenabschätzung wird zu einem obligatorischen Bestandteil jeder Maßnahme. Wir unterstützen eine ergebnisoffene Debatte über eine nationale Nutztierstrategie. Diese Strategie muss einen Handlungs- und Entwicklungsspielraum eröffnen, in dem sich Investitionen der Agrar- und Ernährungswirtschaft verlässlich vornehmen lassen.

Bei Förderungen aus dem Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) wird ein Schwerpunkt auf den Themen Tierwohl in Ställen liegen.

Antwort 3: Wir werden hierzu ein Exportförderprogramm erarbeiten, das Rücksicht auf regionale Märkte in den Ländern des globalen Südens nimmt und in Einklang mit den entwicklungspolitischen Zielen der Europäischen Union steht.

Antwort 4: Die Europäische Union nimmt die entscheidende Stellung in der Weiterentwicklung der Agrarpolitik wahr. Durch die von der CDU angestrebte stärkere Rolle der Europäischen Union bei der Koordinierung entwicklungspolitischer Bemühungen wird es künftig leichter, agrar- und entwicklungspolitische Ziele miteinander zu verbinden und Konflikte abzubauen.

FDP

Antwort 1: Ländliche Räume brauchen eine starke landwirtschaftliche Wertschöpfungskette mit einer flächendeckend gesicherten Produktionsbasis ohne überbordende Bürokratie durch unnötige Auflagen. Flächenentzug durch Infrastrukturmaßnahmen und eine rein quantitative Flächenkompensation sowie überflüssige Bürokratie treffen vor allem kleine und mittlere bäuerliche Betriebe, weil diese solche Eingriffe schlechter kompensieren können. Hier verdient die Landwirtschaft eine Politik, die es ihr deutlich einfacher macht. In der Diskussion um die Zukunft der Landwirtschaft sind ökonomische Notwendigkeiten gleichberechtigt zu ökologischen Fragestellungen zu bewerten. Höhere Standards durch bessere Technik können nur erreicht werden, wenn die Betriebe mit neuer Technik auch Geld verdienen können.

Antwort 2: Es gibt einen Kontrast zwischen der kommerziellen Forderung nach Veränderung in der Tierhaltung und dem tatsächlichen Marktanteil extensiv erzeugter Produkte. Zudem hat die Betriebsgröße gegenüber anderen Einflussfaktoren (z.B. Betriebsmanagement) einen vergleichsweise geringen Einfluss auf das Tierwohl. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine artgerechte Tierhaltung und Tierernährung ein. Wünschenswerte Verbesserungen bei der Nutztierhaltung wollen wir durch eine gezielte Agrarinvestitionsförderung erreichen.

Antwort 3: Einige Politiker machen den Export von Agrarprodukten in Entwicklungsländern mitverantwortlich für Entwicklungen wie beispielsweise die Flüchtlingskrise. Tatsache ist, dass zum Beispiel Afrika als am wenigsten entwickelter Kontinent in der Diskussion immer als eine Einheit betrachtet wird. In Wirklichkeit sind die Länder dort – wie überall anders auf der Welt – extrem

unterschiedlich. Die EU-Exporte nach Afrika gehen vor allem in die relativ weit entwickelten Länder wie Marokko, Algerien, Ägypten oder Südafrika. Diese Länder kaufen deutsche Lebensmittel, weil sie einen relativen Wohlstand erreicht haben und es sich leisten können. Die Migranten hingegen kommen aus ganz anderen Ländern (Least Developed Countries (LDC)). Dazu kommt, dass für den Export bestimmter Teile (z.B. Schweineohren, Schweinepforten und Hühnerbeine) allein das Verbraucherverhalten in Industrieländern verantwortlich ist. In der Diskussion werden oft zwei Dinge kritisiert: Ersten würden wir durch den Export von Nahrungsmitteln in Entwicklungsländern ihre Möglichkeiten rauben, selbst Nahrungsmittel zu produzieren. Zweitens würden beispielsweise chinesische Investoren Land in Afrika kaufen, um für den Weltmarkt zu produzieren. Offensichtlich ist es demnach schon jetzt möglich, in Afrika unter Weltmarktbedingungen zu produzieren. Dazu fehlt oft das Know-How, wobei die Industrieländer helfen können. Dazu muss bei den Machhabern der Wille zur Eigenentwicklung ihrer Länder vorhanden sein. Darüber hinaus gibt es Initiativen der EU: Mit der Initiative „Alles außer Waffen“ (Everything But Arms – EBA) wird den 49 am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) der zoll- und kontingentfreie Zugang zum EU-Markt für alle Produkte gewährt, ausgenommen Waffen und Munition. Es ist wichtig, auf diese Weise Raum zu schaffen für eigene Entwicklungsmöglichkeiten der Entwicklungsländer.

Antwort 4: Unsere Landwirtschaft ist bereit und auch in der Lage, sich dynamischen Veränderungsprozessen zu stellen. In der Produktion und Vermarktung bietet die Digitalisierung ganz neue Chancen, dem Verbraucher Lebensmittel anzubieten, die nach seinen Wünschen erzeugt werden. Die Produktion von Nahrungsmitteln ist immer ressourcenschonend möglich. Entwicklungen wie Big Data, in denen die Landwirtschaft oft sogar Vorreiter ist, machen dies möglich. So lassen sich mit der Präzisionsdüngung schon heute erhebliche Mengen Dünger sparen, während gleichzeitig die Erträge steigen. Im Pflanzenschutz ist es mit neuen Applikationstechniken bald möglich, Unkrautbehandlungen einzelpflanzen genau durchzuführen. Ressourcenschonende digitale Assistenzsysteme der Landwirtschaft 4.0 kommen auch in Bereichen der Tierhaltung zum Einsatz, um eine optimale Nahrungsvorsorge zu erreichen, negativen Stress zu vermeiden und die Gesundheit zu fördern. Die Fortsetzung und koordinierte Förderung dieser positiven Entwicklung – auch auf EU-Ebene – kann nur gemeinsam mit den Landwirten gelingen. Das Wissen der hervorragend ausgebildeten jungen Landwirte muss dabei genutzt werden. Sie sind Experten in der Landwirtschaft und unsere wichtigste Ressource für die Zukunft.

Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Der VEN erwartet von einer zukünftigen Landesregierung eine Reduzierung des Soja-Futtermittel-Imports durch die Förderung des Anbaus eiweißhaltiger Futtermittel in Niedersachsen. Außerdem setzt er sich für eine Reduzierung der Agrarexporte in Entwicklungsländer ein, dazu gehört, dass sich die zukünftige Landesregierung auf EU-Ebene für eine Mengendeckelung der Milchproduktion einsetzen sollte. Umwelt- und tiergerechte Haltungsformen auf bäuerlichen Höfen sollen gefördert werden, z. B. durch eine Kennzeichnungspflicht. Insgesamt fordert der VEN eine Umschichtung von EU-Subventionen zugunsten einer ökologischeren, bäuerlichen Landwirtschaft. Schließlich setzt der VEN sich für eine Förderung von Kampagnen für öko-fairen Konsum ein.

8 Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ umsetzen

Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des WASP in Niedersachsen würden Sie ergreifen?
- 2 Wie wollen Sie zu einer festen und ganzheitlichen Verankerung Globalen Lernens/Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Schulformen, Kitas und Hochschulen sowie in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung beitragen?
- 3 Wie stehen Sie zu einer strukturellen Förderung außerschulischer Bildungsträger?

Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** möchte die Einbindung von BNE in die Kerncurricula aller Schul- und Bildungsformen als interdisziplinäre und handlungsorientierte Querschnittsaufgabe und in die Lehrer*innenausbildung. Sie setzt sich für eine Verknüpfung schulischer und außerschulischer Lernstandorte ein und arbeitet an einer strukturellen Förderung und Ausweitung von außerschulischen Lernstandorten.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine Verankerung von BNE als Querschnittsthema in den Lehrplänen von Kitas und Schulen ein. Sie wollen schulische und außerschulische Bildung miteinander verknüpfen. Außerschulische Lernstandorte zur BNE (auch Eine Welt-Zentren) sollen erweitert und durch Abordnung von Lehrer*innenstunden und Qualifizierung gestärkt werden.

Die **CDU** möchte außerschulische Lernorte ausweiten und BNE als Querschnittsthema in den Lehrplänen und in der Lehrer*innenfortbildung verankern.

Die **FDP** fordert, dass Schulen neben regionalen Umweltzentren, Umwelt- und Zukunftsschulen, insbesondere bei der Fortführung und Neugründung von nachhaltigen Schüler*innenfirmen unterstützt und Bildungsstätten und Initiativen für BNE aktiv ins Schulleben einbezogen werden.

Die Parteien im Wortlaut:

SPD

Für die SPD gehört Nachhaltigkeit zu den zentralen Grundsätzen ihrer Politik. Um zukünftig unsere Wirtschafts- und Lebensweise in Einklang mit der begrenzten Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen bringen zu können, braucht es ein verändertes gesellschaftliches Bewusstsein für die Fragen globaler nachhaltiger Entwicklung. Im Bereich der Bildungspolitik wollen wir den nach der Verabschiedung des Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vereinbarten Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung konsequent weiter in die niedersächsische Bildungslandschaft integrieren.

Bildung für nachhaltige Entwicklung verstehen wir als Oberbegriff für eine ganze Reihe von Projekten in den Bereichen außerschulischer Lernstandorte BNE, Umweltschulen in Europa/ Internatio-

nale Agenda 21-Schule, UNESCO-Projektschulen usw., die wir einerseits fortführen und verstetigen, aber andererseits auch durch neue Konzepte anhand des Orientierungsrahmens ergänzen und ausbauen wollen.

Um die Lernenden auf das Leben und Wirtschaften im 21. Jahrhundert vorbereiten zu können, müssen auch die Lehrenden auf diese Herausforderungen vorbereitet werden. Nur so kann es gelingen, die Fähigkeiten zu fördern, die zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen in einer globalen Weltgemeinschaft nötig sind. Darum ist neben einer Einbindung der genannten Thematik in die Kerncurricula aller Schul- und Bildungsformen als interdisziplinäre und handlungsorientierte Querschnittsaufgabe vor allem eine Verankerung der Ziele und Inhalte von BNE in die Lehrer*innenausbildung nötig.

Daneben werden wir uns weiterhin für eine lebendige Verknüpfung schulischer und außerschulischer Lernstandorte einsetzen. Eine Ausweitung des Angebots an außerschulischen Lernstandorten muss dabei genauso ins Auge gefasst werden wie eine Vertiefung der bestehenden Kooperationen.

Die Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung lässt sich am besten durch eigene Erfahrung und aktives Engagement erfassen. Darum unterstützen wir weiterhin junge Menschen, die sich im Rahmen von FSJ und FÖJ in sozialen und ökologischen Projekten einbringen und wollen die bestehenden Ressourcen dafür einerseits verstetigen und andererseits entsprechend der Nachfrage kontinuierlich ausbauen.

Die außerschulischen Bildungsträger spielen eine wichtige Rolle in der Bildungslandschaft. Gute Beispiele sind hier insbesondere die Schulbiologiezentren und Regionalen Umweltzentren. Auch die weiteren außerschulischen Bildungsträger sind eine wertvolle Ergänzung der Bildungslandschaft. Neben der Anerkennung der Leistung werden wir weiter an einer guten strukturellen Förderung arbeiten.

Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1: s. Antworten auf die nächsten beiden Fragen

Antwort 2: Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen sind Querschnittsthemen schulischer Bildung, in denen die Herausforderungen der Zukunft thematisiert und Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden. Daher setzen wir uns dafür ein, Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen in Kitas sowie in Schulen weiter in den Lehrplänen zu verankern und dabei fächerübergreifende und handlungsorientierte Konzepte zu fördern. Die Ausbildung von Multiplikator*innen und die Bereitstellung von Unterrichtsmaterial durch die Fachstelle Globales Lernen ist dafür ein wichtiger Baustein. Für Erwachsene unterstützen wir die Bildung für nachhaltige Entwicklung mit dem Eine-Welt-Promotoren-Programm und der neuen Landeszentrale für politische Bildung.

Antwort 3: Wir wollen außerschulische Lernstandorte weiter fördern, insbesondere deren Nutzung in Kerncurricula integrieren und somit schulische und außerschulische Bildung miteinander

verknüpfen. Das bereits bestehende Netzwerk der anerkannten außerschulischen Lernstandorte zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, inklusive der Regionalen Umweltbildungszentren (RUZ), soll gestärkt und erweitert werden. Es sollen mehr pädagogische Fachstunden abgeordnet werden und die Qualität soll durch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen gesichert werden. Auch Eine-Welt-Zentren können als außerschulische Lernorte wertvoll sein.

CDU

Antwort 1: Die CDU in Niedersachsen steht fest hinter dem Ziel, das Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) in die Breite zu tragen und strukturell auch in Niedersachsen weiter zu verankern. Wir unterstützen die Arbeit der außerschulischen Lernorte, die im Bereich BNE tätig sind, und setzen uns im Rahmen der verfügbaren Ressourcen für eine schrittweise Ausweitung ein.

Antwort 2: Als wohlhabendes Land hat Deutschland eine besondere Verantwortung für das Gelingen einer Entwicklungspolitik, die sich an der Einhaltung der UN-Entwicklungsziele orientiert. Um das Bewusstsein für diese Verantwortung auch in der jüngeren Generation zu stärken, ist eine starke Verankerung entwicklungspolitischer Themen in Kita, Schule und Hochschule sowie außerschulischen Lernorte sinnvoll. Umweltbildung und BNE sind als Querschnittsthemen bereits in den Lehrplänen verankert und Thema zahlreicher Lehrerfortbildungen. Ähnliches gilt für die Themen Entwicklungspolitik und Globalisierung. Daran will die CDU in Niedersachsen festhalten.

Antwort 3: Die CDU in Niedersachsen steht hinter den außerschulischen Lernorten, die im Bereich BNE hervorragende Arbeit leisten, und hält das bestehende System der Förderung, das indirekt auch den Trägern zugutekommt, für angemessen und sachgerecht.

FDP

Antwort 1: Wir Freien Demokraten haben das Ziel, dass die jungen Erwachsenen nach der Schule nicht nur für sich Verantwortung übernehmen können, sondern auch als Teil der Gesellschaft für die Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Um diese Ziel zu erreichen, wollen wir die Schülerinnen und Schüler schon frühzeitig an Themen und Probleme der nachhaltigen Entwicklung heranführen. Wir wollen daher das UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Niedersachsen wieder stärken. Schulen sollen neben den regionalen Umweltzentren, den Umweltschulen, den Zukunftsschulen, usw. insbesondere bei der Fortführung und Neugründung von nachhaltigen Schülerfirmen unterstützt werden. Hier lernen Schülerinnen und Schüler aller Schulformen nachhaltige Betriebs- und Mitarbeiterführung und lernen spielerisch als Team zu fungieren, Entscheidungen selber zu treffen und Konfliktsituationen zu meistern. Zudem

Antwort 2: Je geringer die Ressourcenausstattung von Bildungseinrichtungen ist. Desto eher gerät die Bildung für Nachhaltige Entwicklung in den Hintergrund. Auch deshalb ist es unser erklärtes Ziel, mehr Lehrende an den Hochschulen unseres Landes einzustellen. Anders als die bisherige Landesregierung halten wir eine enge Kooperation von Bildungseinrichtungen mit externen Kooperationspartnern für unverzichtbar. Wir wollen daher Bildungsstätten und Initiativen für Bildung für Nachhaltige Entwicklung aktiv ins Schulleben einbeziehen.

Antwort 3: Wir wollen die Förderung der Landes Niedersachsen für Bildung für Nachhaltige Entwicklung erhalten und die Zusammenarbeit mit den außerschulischen Bildungsträgern ausbauen.

Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Der VEN erwartet von der zukünftigen Landesregierung, dass sie BNE als zentralen Inhalt in Bildungspläne und Curricula aufnimmt - von der Kita über Schule und Berufsschule hin zur Hochschule, in der Aus- und Weiterbildung. Die Maxime des lebenslangen Lernens sollte dabei konsequent umgesetzt werden. BNE soll sich in einzelnen Fächern, aber auch in fächerübergreifenden, projektbasierten Lernangeboten wiederfinden. Dazu sind neben entsprechenden Empfehlungen und möglichen Verordnungen zusätzliche Stunden und Qualifizierungsangebote für Lehrkräfte und/oder andere qualifizierte pädagogische Mitarbeiter*innen notwendig. Daneben bedarf es einer neuen Lernkultur, die sich auf partizipative und aktivierende Lernmethoden stützt. Auch gilt es Nachhaltigkeit verbindlich im Schulprofil bzw. in der Schulentwicklung zu verankern und sie zur Grundlage der Beschaffung, bei Baumaßnahmen, in Kantinen und Kiosken zu machen. Der VEN fordert zudem, dass die Arbeit der außerschulischen Lernorte BNE / Globales Lernen strukturell gefördert werden.

9 Engagement für globale Fragen auf Bundes- und Europaebene einbringen

Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Inwiefern werden Sie sich auf Bundesebene (z.B. über den Bundesrat) und auf europäischer Ebene für die von Deutschland gemachten Zusagen bzgl. der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den Sustainable Development Goals einsetzen?
- 2 Engagieren Sie sich dahingehend, z.B. für eine Finanztransaktionssteuer als „Steuer gegen Armut“, einen Erlass von Schulden und für das Ziel, 0,7 Prozent des BNE für Entwicklungszusammenarbeit zu budgetieren?

Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** verfolgt das Ziel, einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Sie fordert ein Staateninsolvenzverfahren sowie eine Finanztransaktionssteuer und will sich dafür einsetzen, dass die Mittel gerecht verteilt werden. Außerdem soll die Entwicklungszusammenarbeit die ihr zustehende Berücksichtigung finden.

Bündnis 90/Die Grünen wollen das 0,7 %-Ziel erreichen. Sie setzen sich für ein geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei den Vereinten Nationen und für eine Finanztransaktionssteuer ein, deren Erlöse in großen Teilen für Maßnahmen der Entwicklungs- und Klimafinanzierung eingesetzt werden sollen.

Die **CDU** sieht die bloße Erhöhung der Mittel für die Entwicklungspolitik als nicht ausreichend. Die europäische Entwicklungszusammenarbeit soll noch stärker auf Afrika ausgerichtet werden. Die CDU möchte auf europäischer Ebene eine Finanztransaktionssteuer einführen, wobei Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden sollen. Die Mittel sollen nicht exklusiv für die Entwicklungszusammenarbeit genutzt werden.

Die **FDP** steht zum 0,7%-Ziel, setzt aber auf „Qualität statt Quantität“ der eingesetzten Entwicklungszusammenarbeit-Mittel. Für die Umsetzung der Agenda 2030 möchte die FDP neue Partnerschaften und Kooperationen mit der Privatwirtschaft. Eine Finanztransaktionssteuer betrachtet die FDP nicht im Zusammenhang mit einer guten Entwicklungspolitik.

Die Parteien im Wortlaut:

SPD

Auch die entwicklungspolitischen Leitlinien der SPD sind durch die Millenniums-Entwicklungsziele wesentlich vorgezeichnet. Das Hauptziel ist die Halbierung der weltweiten Armut. Andere Ziele wie die Gleichstellung der Geschlechter, eine Schulausbildung für alle Kinder, der Klimaschutz oder der Kampf gegen HIV/AIDS stellen weitere Grundpfeiler unserer Entwicklungspolitik dar. Die SPD in Niedersachsen bekennt sich klar zu diesen Zielen und wird auch weiterhin Gesetzesinitiativen einbringen bzw. fördern, die zur Erfüllung dieser Ziele beitragen können.

Die Einhaltung des SGD 17, einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zu leisten, ist daher für die SPD in Niedersachsen eine Verpflichtung, die dringend eingehalten werden muss. An dieser eindeutigen Aussage müssen sich alle anderen Parteien messen lassen. Die SPD wird mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, auf diese Ziele hinzuwirken.

Unter sozialdemokratischer Führung hat die Entschuldung der ärmsten Länder bereits begonnen. Die Fraktion strebt weiter nachhaltige Entschuldung unter Berücksichtigung der Schuldentragfähigkeit an. So hat sich die SPD-Bundestagsfraktion u. a. für eine verantwortungsvolle Kreditvergabe und für ein internationales Insolvenzrecht für Staaten eingesetzt. Dies unterstützen wir. Als einen letzten Ausweg in Krisensituationen müssen Entwicklungsländer auch die Möglichkeit erhalten, in Übereinstimmung mit Ihren Schuldnern Kredite zu stunden. Ausgaben für Bildung und Gesundheit dürfen nicht zugunsten des Schuldendienstes gekürzt werden. Das hätte fatale Folgen für das Entwicklungspotenzial eines Landes und ganz konkret für die Menschen – vor allem die Ärmsten der Armen würden darunter leiden.

Bereits seit einigen Jahren fordert die SPD eine Finanztransaktionssteuer. Sie bietet vielfältige Möglichkeiten, um die Verursacher der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise an den Auswirkungen ihres Tuns finanziell zu beteiligen. Wie hoch diese Steuer sein wird und wofür die Mittel verwendet werden, muss auf europäischer Ebene entschieden werden. Gleichwohl will sich die SPD im Niedersächsischen Landtag sowohl auf Bundes- als auch auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Mittel gerecht verteilt werden und der Entwicklungszusammenarbeit die ihr zustehende Berücksichtigung findet.

Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1: Die Klimakrise, knapper werdende natürliche Ressourcen, Flucht und Migration sind globale Herausforderungen. Wie in den letzten Jahren werden wir die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) auch durch Bundesratsinitiativen an den Bund oder über den Bund gegenüber der EU oder durch Fachministerkonferenzen unterstützen. Konkrete Vorhaben sind die weitere Umschichtung der Agrarsubventionen für ökologische Landwirtschaft, die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen bei der öffentlichen Beschaffung und ein Neustart von europäischen Handelsterträgen, die im Einklang zu den SDGs stehen.

Antwort 2: Wir stehen dazu, dass das 0,7 %-Ziel endlich eingehalten werden soll und haben in Niedersachsen die Mittel für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit um ein vielfaches erhöht. Nach wie vor liegt der größte Anteil des Landes im Bereich der Unterstützung von Studierenden aus so genannten Entwicklungsländern. Vereinbarungen mit Partnerländern gründen wir auf beidseitige Verpflichtungen – etwa bei der Steuerkooperation und klugen Kapitalverkehrskontrollen. Wir setzen uns für ein geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei den Vereinten Nationen und für eine Finanztransaktionssteuer ein, deren Erlöse in großen Teilen für Maßnahmen der Entwicklungs- und Klimafinanzierung eingesetzt werden sollen.

CDU

Antwort 1: Die CDU ist der Überzeugung, dass die bloße Erhöhung der Mittel für die Entwicklungspolitik nicht ausreicht. Stattdessen soll die europäische Entwicklungszusammenarbeit noch stärker auf den afrikanischen Kontinent ausgerichtet werden. Aus eigener Kraft wird Afrika die Wende nicht schaffen. Deshalb hat Deutschland die Initiative zu einem „Compact“ mit Afrika im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft ergriffen. Gleichzeitig werben wir bei unseren Freunden und Verbündeten für mehr Engagement auf dem afrikanischen Kontinent.

Aufgrund der positiven Erfahrungen beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nach Ende des Zweiten Weltkriegs schlägt die CDU einen Marshall-Plan für Afrika vor. Ein solcher moderner Marshall-Plan des 21. Jahrhunderts soll die Empfänger in Afrika zu eigenverantwortlichem unternehmerischen Handeln befähigen. Gemeinsam mit der Afrikanischen Union wollen wir erreichen, dass eine neue mittelständische Kultur der Selbstständigkeit entsteht.

Antwort 2: Unser Ziel bleibt, im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden und die Interessen des Finanzplatzes Deutschland gewahrt bleiben. Nur als starker und wettbewerbsfähiger Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv die Regulierung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten. Es ist allerdings nicht unser Ziel, die hieraus erwirtschafteten Mittel exklusiv für die Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen.

FDP

Antwort 1: Wir Freie Demokraten fordern eine wertorientierte Entwicklungspolitik, die auf Qualität statt auf Quantität der eingesetzten Mittel setzt, und einen besonderen Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und soziale Marktwirtschaft hat. Die Grundlagen unseres Handelns sind dabei die Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen und das Pariser Klimaabkommen. Eine zügige Umsetzung der Agenda 2030 erfordert einen kohärenten Ansatz, insbesondere zwischen Wirtschafts-, Außen und Entwicklungspolitik sowie in Abstimmung mit der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Dazu setzen wir Freie Demokraten auf neue Partnerschaften und Kooperationen mit allen relevanten Partnern, insbesondere mit der Privatwirtschaft. Es gilt dabei, die am wenigsten entwickelten Länder in den Blick zu nehmen, vor allen Dingen auf dem Chancenkontinent Afrika. Die wichtigste Grundlage für die Armutsbekämpfung sind Bildung, Ausbildung und Qualifikation genauso wie die Chance auf eine wirtschaftliche Perspektive für den Einzelnen. Die Möglichkeiten, die sich durch Innovationen, Digitalisierung und neue Technologien bieten, müssen wir für Entwicklungsländer stärker in den Fokus nehmen und fördern.

Antwort 2: Wir bekennen uns zu den eingegangenen internationalen Vereinbarungen und halten an dem Ziel fest, eine Quote von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für staatliche Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen. Jedoch ist nicht allein die Höhe der Gelder wichtig, sondern vor allem deren humanitäre bzw. entwicklungsfördernde Wirkung. Dabei sind vor allem die strukturellen Ursachen für Entwicklungsprobleme zu beseitigen. Demokratie und gute Regierungsführung müssen vorrangiges Ziel einer neu orientierten Entwicklungspolitik sein. Diese Ziele sind aber nicht „von außen“ umsetzbar, sondern nur in Kooperation und Mitverantwortung der jeweiligen Regierung im Partnerland. Wenn diese Voraussetzungen stimmen, kann auch ein Erlass von Schulden erwogen werden. Eine Finanztransaktionssteuer steht für uns nicht im Zusammenhang mit einer guten Entwicklungspolitik und muss daher unabhängig von ihr betrachtet werden.

Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Der VEN erwartet von der neuen Landesregierung, dass sie sich auf Bundesebene für das Erreichen des 0,7-Prozent-Ziels bis zum Jahr 2020 einsetzt. Die notwendigen finanziellen Mittel für die Versorgung von geflüchteten Menschen in Deutschland sind dabei nicht auf die Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) anzurechnen. Drei Prozent der ODA sollten gemäß der Empfehlung der OECD für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit ausgegeben werden. Auf europäischer Ebene sollte sich die neue Landesregierung für eine Finanztransaktionssteuer einsetzen, deren Einnahmen zur Bekämpfung von Armut dienen.

10 Flucht und Migration als Menschenrecht durchsetzen

Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Welche Anstrengungen werden Sie unternehmen, das Menschenrecht auf Asyl in Deutschland und der Europäischen Union umzusetzen?
- 2 Setzen Sie sich für legale Migrationswege ein?
- 3 Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Situationen in den Herkunftsländern der Geflüchteten nachhaltig zu verbessern?

Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** setzt sich dafür ein, dass durch gezielte Entwicklungszusammenarbeit die Situationen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge verbessert werden. Sie sieht in dem wirkungsvollen Einsatz von FRONTEX an den Außengrenzen der EU einen Beitrag für mehr Sicherheit in Niedersachsen.

Bündnis 90/Die Grünen wollen ein Europa als einheitlichen Schutzraum mit legalen und sicheren Zugangsmöglichkeiten, etwa durch Kontingente bei der Aufnahme von Geflüchteten. Sie setzen sich für ein Einwanderungsgesetz ein, das nicht nur auf ökonomische Interessen ausgerichtet ist. Um Flucht zu bekämpfen, soll eine kohärente Politik die strukturellen Ursachen beheben. Rüstungsexporte in Krisengebiete sollen gestoppt werden.

Die **CDU** setzt auf Entwicklungszusammenarbeit als Fluchtursachenbekämpfung. Sie wirkt auf die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen nahe der Heimat hin. Sie möchte eine klug gesteuerte und begrenzte Einwanderungspolitik für Fachkräfte und hierfür ein Zuwanderungsgesetz.

Die **FDP** lehnt Obergrenzen bei der Gewährung von Asyl ab. Sie will einen fairen Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Europa und ein geordnetes Einwanderungsrecht. Die **FDP** möchte Konflikte, Armut, Hunger und fehlende Rechtsstaatlichkeit vor Ort bekämpfen. Um Menschen die lebensgefährliche Flucht zu ersparen, sollen Asylanträge bereits im Ausland gestellt werden können.

Die Parteien im Wortlaut:

SPD

Das Ausländerrecht der Bundesrepublik Deutschland umfasst die Bestimmungen über die Einreise und den Aufenthalt von Menschen, die nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sind. Wesentliche gesetzliche Grundlage bildet das seit dem 01. Januar 2005 geltende Aufenthaltsgesetz, das in erster Linie den Zweck der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung verfolgt, sowie die hierauf erlassenen Rechtsverordnungen (insbesondere die Aufenthaltsverordnung und die Beschäftigungsverordnung).

Das Aufenthaltsgesetz regelt neben der Einreise und dem Aufenthalt von Staatsangehörigen aus Staaten außerhalb der Europäischen Union (Drittstaatsangehörige) ebenfalls ihren Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen sowie zur Erwerbstätigkeit. Es beinhaltet die gesetzliche Verankerung von Integrationsmaßnahmen für Zuwanderinnen und Zuwanderer, die sich dauerhaft in Deutschland aufhalten. Darüber hinaus ging mit diesem Gesetz eine Neugestaltung der bislang bestehenden Aufenthaltstitel einher.

Mit Beschluss des europäischen Rates für Justiz und Inneres aus Oktober 2015 hat die EU entschieden, die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX im Rahmen des von ihr koordinierten Einsatzes an den EU-Außengrenzen personell zu unterstützen und deren Tätigkeiten in den sog. „Hot Spots“ mit dem Ziel der Optimierung der organisierten, geordneten und kanalisierten Zuführung von Flüchtlingsströmen in den EU - Raum auszuweiten. Hierzu sollen FRONTEX insgesamt 775 zusätzliche europäische Polizistinnen und Polizisten sowie Sprachmittlerinnen und Sprachmittler zur Verfügung gestellt werden. Ein wirkungsvoller Einsatz an den Außengrenzen der EU ist auch ein Beitrag für mehr Sicherheit in Niedersachsen.

Es ist unabdingbar, dass die Situation auch in den Herkunftsländern verbessert wird. Insbesondere die Bundesebene ist gefragt, mit gezielter Entwicklungszusammenarbeit Schwerpunkte zu setzen. Wir werden uns weiterhin für die Verbesserung der Situation auch in den Herkunftsländern einsetzen.

Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1: Wir GRÜNEN setzen uns für ein solidarisches Europa ein. Auf europäischer Ebene treten wir für ein Seenotrettungsprogramm ein und werden unterdessen die zivilen, gemeinnützigen Rettungsorganisationen stärken. Statt des bisherigen Dublin-Systems fordern wir ein faires Verteilungssystem für Schutzsuchende. Der EU-Türkei-Deal darf keine Blaupause für neue Abkommen mit Staaten in Afrika und dem Nahen Osten sein. Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht und Kernbestandteil einer menschenrechtsorientierten Gesellschaft. Dieses humanitäre Grundrecht ist für uns GRÜNE nicht verhandelbar.

Wir setzen uns für einen bundesweiten Abschiebestopp nach Afghanistan ein. Auch Beschränkungen beim Familiennachzug erteilen wir eine klare Absage. Der uneingeschränkte Zugang zu einem fairen Asylrechtsverfahren muss garantiert sein. Wir halten an der Forderung nach der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes fest. Die Diskussionen um eine Wohnsitzauflage halten wir, ebenso wie die Kommunen, für falsch. Sie hindert Geflüchtete an dem Zugang zu guter Bildung und Arbeit.

Antwort 2: Unser Ziel ist ein Europa als einheitlicher Schutzraum mit legalen und sicheren Zugangsmöglichkeiten, etwa durch Kontingente der EU bei der Aufnahme von Geflüchteten. Wir wollen beispielsweise im Rahmen eines großzügig angelegten Resettlementprogramms Menschen einen sicheren Weg eröffnen.

Der faire Anteil Deutschlands sollte sich an dem vom UNHCR errechneten Bedarf zur Aufnahme ausrichten. Dieses soll auch Familienzusammenhänge berücksichtigen, die Anzahl bereits aufgenommener Menschen anrechnen sowie finanzielle Ausgleichszahlungen jener Länder, die sich anteilig nicht gleichermaßen an der Aufnahme von Geflüchteten beteiligen, vorsehen.

Auf Bundesebene setzen wir uns für ein modernes und transparentes Einwanderungsgesetz ein, das nicht nur auf ökonomische Interessen ausgerichtet ist. Die Einreise soll dabei auch ohne vorherige Deutschkenntnisse möglich sein.

Antwort 3: Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet, die strukturellen Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen zu beheben. Auf Bundesebene wollen wir Rüstungsexporte in Krisengebiete und an Staaten mit hochproblematischer Menschenrechtslage stoppen. Anstelle von mehr Ausgaben für militärische Verteidigung treten wir für mehr Intentionen in zivile Krisenprävention ein.

Wir setzen uns für eine kohärente internationale Politik ein und fordern strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel, Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen Entwicklungsziele vorgeben. Wir werden die ärmsten Staaten bei der Anpassung an Klimaveränderungen entschieden unterstützen. Und wir brauchen eine faire Handelspolitik.

In Niedersachsen hat die rot-grüne Landesregierung erstmals mit dem Haushalt 2017/18 zwei Mio. Euro zur Fluchtursachenbekämpfung eingesetzt und ist in einen intensiven Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen eingetreten, wie auch ein Bundesland sich bei diesem Thema einbringen kann. Unter anderem werden Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energie und Energienetze in der südafrikanischen Partnerregion Niedersachsens und zur Gesundheitsversorgung im Nordirak gefördert. Diese Arbeit wollen wir verstetigen und fortsetzen.

CDU

Antwort 1: Deutschland hat in den vergangenen Jahren eine Vorreiterrolle bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegs- und Konfliktregionen übernommen. In europäischer Solidarität wurden dabei die Bestimmungen des Dublin-Übereinkommens vorübergehend ausgesetzt.

Nach ihrer Ankunft in Deutschland durchlaufen Asylbewerber das deutsche Asylverfahren. Nach dem Abschluss des Anerkennungsverfahrens und etwaiger gerichtlicher Verfahren steht fest, ob ein Asylbewerber tatsächlich einen Anspruch auf Asyl hat. Die weltweiten Vergleichszahlen zeigen, dass Deutschland überaus großzügig bei der Gewährung von Asyl ist.

Angesichts der weltweit über 65 Mio. Menschen auf der Flucht müssen alle Länder auf der Welt ihren Beitrag leisten und muss insbesondere stärker auf die menschenwürdige Aufnahme nahe der Heimat hingewirkt werden.

Antwort 2: Das deutsche Einwanderungsrecht ist laut OECD eines der liberalsten der Welt und zwar nicht nur hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen angeht. Bürgerinnen und Bürgern von EU-Mitgliedsstaaten ist die Zuwanderung nahezu ohne Einschrän-

kungen möglich. Hinzu kommt die großzügige Aufnahme von jungen Menschen für eine Ausbildung oder ein Studium. Auch wurden über die sogenannte Blaue Karte die Möglichkeiten zur Zuwanderung zur Arbeitsaufnahme deutlich verbessert.

Eine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab. Mit einer klug gesteuerten und begrenzten Einwanderungspolitik für Fachkräfte unterstützen wir die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland und verringern spürbar die Attraktivität von illegaler Einwanderung und Migration. Fest steht für uns aber auch, dass die geltenden Regelungen unübersichtlich und kompliziert sind. Den rechtlichen Rahmen wollen wir daher in Form eines Zuwanderungsgesetzes schaffen.

Antwort 3: Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist aus Sicht der CDU am besten geeignet, neue Fluchtbewegungen zu vermeiden. Zahllose Todesfälle in der Sahara sowie während der gefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer in häufig kaum seetüchtigen Booten stehen für die Gefährlichkeit der Flucht und die Hoffnungslosigkeit der Menschen, die in der Erwartung besserer Perspektiven in Europa und vor allem Deutschland sich auf diese gefährlichen Wege machen.

Deutschland hat seine Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit seit 2005 von 3,9 Milliarden auf 8,5 Milliarden in diesem Jahr mehr als verdoppelt. Ein beachtlicher Teil dieser Mittel wird zur Fluchtursachenbekämpfung eingesetzt und trägt dazu bei, dass Menschen in ihrer angestammten Heimatregion bleiben können. Unsere besonderen Bemühungen gelten dem Kontinent Afrika. Viele afrikanische Länder gehören zu den ärmsten der Welt. Überbevölkerung und Korruption machen oftmals alle Anstrengungen zur Besserung der Lage wieder zunichte. Afrika benötigt Hilfe gegen Hunger, Unterstützung für berufliche Bildung, insbesondere von Frauen, Schutz gegen Klimawandel, für den Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit und vieles mehr. Mit einigen Ländern Afrikas arbeiten wir in Form von Migrationspartnerschaften zusammen.

Allerdings ist zunehmend festzustellen, dass sich die irreguläre Migration von der Flucht der Ärmsten zu einer Flucht der Leistungsträger wandelt – paradoxerweise aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Teilen Afrikas. Nur letztere sind in der Lage, Schlepper und Schleuser zu bezahlen. Die Voraussetzungen zur humanitären Migration und zur Migration aus wirtschaftlichen Gründen müssen daher klar eingehalten werden und müssen Schleuserbanden bekämpft werden. Das sind wir insbesondere den vielen Frauen schuldig, die von Schleppern und Menschenhändlern teilweise misshandelt oder sexuell ausgebeutet werden.

FDP

Antwort 1: Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für uns unantastbar. Wir lehnen deshalb auch jede Form von festgelegten Obergrenzen bei der Gewährung von Asyl klar ab. Eine solche Obergrenze würde dem Grundgesetz widersprechen. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Status schaffen, einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auch die Dauer des Krieges begrenzt ist. Nach Identitätsfeststellung soll dieser Status unkompliziert verliehen und damit das Asylsystem massiv entlastet werden. Kriegsflüchtlinge sollen dabei nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren. Wir Freie Demokraten wollen einen fairen Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Europa durchsetzen. Um die Flücht-

lingskrise zu meistern, brauchen wir die Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten. Deswegen fordern wir, die Dublin-III-Verordnung durch einen fairen Verteilungsschlüssel zu ersetzen. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive müssen nach verbindlichen Quoten verteilt werden. Zur Berechnung der Quoten sind Bevölkerungsstärken und Wirtschaft eines Landes maßgeblich. Bei der individuellen Entscheidung müssen auch Kriterien wie familiäre Bindung oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden. Länder, die sich dieser Art der Solidarität verweigern, sollen in einen Fonds einzahlen müssen. Der Fonds soll wiederum Aufnahme- und Grenzstaaten außerhalb der EU bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise finanziell unterstützen.

Antwort 2: Ja. Wir Freie Demokraten wollen ein geordnetes Einwanderungsrecht schaffen, das nach Möglichkeit in einem Einwanderungsgesetzbuch zusammengefasst wird. Dabei muss zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern klar unterscheiden werden.

Antwort 3: Es ist entscheidend, dass Konflikte, Armut, Hunger und fehlende Rechtsstaatlichkeit vor Ort bekämpft werden. Oberste Priorität hat die Beilegung von bewaffneten Konflikten. Dies kann nur im Rahmen einer europäisch abgestimmten, effektiven und wirksamen Entwicklungsarbeit gelingen. Um Menschen die lebensgefährliche Flucht zu ersparen, möchten wir es ermöglichen Asylanträge bereits im Ausland zu stellen.

Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Der VEN erwartet von der neuen Landesregierung, sich für legale Einwanderung und sichere Fluchtwege einzusetzen. Er fordert, jegliche Form von Rüstungsexportförderung aus Niedersachsen zu stoppen. Die neue Landesregierung sollte den Ausbau erneuerbarer Energien und nachhaltiger Ressourcennutzung vorantreiben und in den Ländern des Südens durch Know-How- und Technologietransfer unterstützen. Zudem sollte sie sich auf Bundesebene für eine Entwicklungspolitik einsetzen, die Wertschöpfung und nachhaltige Produktion in Ländern des Globalen Südens stärkt. Schließlich gilt es, Zusammenhänge von globaler Ungleichheit und damit die Ursachen von Flucht in der öffentlichen Diskussion zu verdeutlichen sowie Rassismus und Diskriminierungstendenzen entgegenzuwirken.